

## **S1-Beschluss Sherpa Stichtag**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 20.03.2017  
Tagesordnungspunkt: 4. Satzungsänderungen

1 Ergänze § 2 Mitgliedsbeiträge der Finanzordnung nach:

2 "(2) Beitragsabführung der Mitglieder

3 Der Einzug des Jahresbeitrags erfolgt per Einzugsermächtigung durch die  
4 Bundesgeschäftsstelle jeweils zu Beginn des zu zahlenden Jahres oder nach dem  
5 Eintritt."

6 "Die Landesverbände sind verpflichtet, die Mitgliederdaten spätestens zum  
7 Stichtag 15.6. und 15.12. in der gemeinsamen Mitgliederdatenbank zu  
8 aktualisieren. Sie verpflichten sich außerdem, die Mitglieder, welche die  
9 Altersgrenze für die Mitgliedschaft in der GRÜNEN JUGEND erreicht haben, aus der  
10 gemeinsamen Datenbank zu entfernen."

### **Begründung**

Klarstellung zur Vereinfachung der Arbeit mit der Mitgliederdatenbank

**L1-Beschlussneu Demokratie statt autoritärer Umbau! - Ändern wir die Welt, bevor es andere tun.**

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

14 **1. Rechtsruck und Widerstand**

15 Politik kann die Welt verändern. Während die letzten Jahre von mangelndem  
16 politischen Interesse geprägt waren, erleben wir aktuell eine gesellschaftliche  
17 Polarisierung. Der Zuspruch zur demobilisierenden Stillstandspolitik der Großen  
18 Koalition sinkt. Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit mit dem  
19 jahrzehntelangen Sozialstaatsabbau und der neoliberalen Deregulierungspolitik,  
20 also dem Rückzug des Staates und der Übernahme durch privatwirtschaftlichen  
21 Unternehmen in Bildung und Infrastruktur. Denn: die Schere zwischen Arm und  
22 Reich klafft immer weiter auseinander. Laut dem Institut Deutscher  
23 Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des  
24 gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Einkommen aus  
25 Vermögen wachsen schneller als die gesamte Wirtschaft, während die realen  
26 Einkommen der ärmsten 40% der Gesellschaft - trotz Wirtschaftswachstum,  
27 technologischem Fortschritt und "Beschäftigungswunder" etwa auf dem Niveau zu  
28 Zeiten der Wiedervereinigung stagnieren. Befristete oder unsichere  
29 Jobverhältnisse, Einkommen die zwar keine absolute Armut bedeuten aber auch  
30 keine größeren Anschaffungen und Investitionen zulassen, strukturschwache  
31 Regionen mit wenig öffentlichen Angeboten - all das nimmt vielen Menschen ein  
32 sinnstiftendes Narrativ für ihr Leben. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA  
33 werden in Hinterzimmern ausgehandelt und sehen vor, die demokratische Kontrolle  
34 einzuschränken und Konzernen mehr Macht als der Allgemeinheit einzuräumen.  
35 Dreckiger Kohlestrom wird weiter gefördert und das Abbagern ganzer Dörfer  
36 schreitet ungebremst voran. Angela Merkel hat es mit der Entpolitisierung und  
37 Demobilisierung auf die Spitze getrieben: ihre Entscheidungen wurden nicht  
38 politisch begründet, sondern als alternativlos dargestellt. Das Verständnis von  
39 Politik als kleinteiliger Aushandlungsprozess unter Expert\*innen, die sich  
40 sowieso den ökonomischen Zwängen zu unterwerfen haben, demobilisierte und  
41 erzeugte den Eindruck, die Stimme der\*des Einzelnen könne ohnehin nichts ändern.

42 Abstiegsängste und die Frustration und Ohnmachtsgefühle über diese  
43 Ungerechtigkeiten äußern sich häufig mehr in rassistischer Ausgrenzung, als in  
44 progressiver Systemkritik. Europas Neue Rechte und Parteien wie die AfD, der  
45 Front National oder die FPÖ konnten die gestiegene Anzahl derer, die in Europa

46 als Geflüchtete Schutz suchen, für ihre rassistische Hetze und nationalistische  
47 Propaganda erfolgreich instrumentalisieren. Sie verschieben durch gezielte  
48 Tabubrüche und Provokationen den politischen Diskurs nach rechts. Viele  
49 Politiker\*innen der so genannten etablierten Parteien haben statt mit  
50 progressiven, antirassistischen Statements, mit nationalistischen Sprüchen, Law-  
51 And-Order-Rhetorik, und Entrechtungsforderungen gegenüber Asylsuchenden auf  
52 diesen Diskurs reagiert. Sie versuchten, aus dem Rechtsruck Kapital zu schlagen  
53 und haben die Grenzen des Sagbaren damit selbst nach rechts bewegt. Natürlich  
54 kann man der AfD nicht das Wasser abgraben, indem man ihre Positionen aufgreift,  
55 aufwertet und bestätigt. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu positiver  
56 Veränderung und Standhaftigkeit bei der Verteidigung von grundlegenden  
57 demokratischen Prinzipien und beim Schutz von Menschenrechten. Gerade jetzt.

58 Die autoritären Kräfte der neuen Rechten mobilisieren durch eine diffuse  
59 Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation, sie schüren Ängste und liefern  
60 keinerlei Lösungsansätze für die Probleme, vor welchen wir stehen. Ganz im  
61 Gegenteil: Sie verstärken bestehende Ausbeutungsverhältnisse noch und treiben  
62 die Gesellschaft weiter auseinander.

63 Viele Menschen merken, dass der Rechtsruck eine Bedrohung für die Demokratie und  
64 eine friedliche Zukunft ist. Deshalb erfahren auch proeuropäische, feministische  
65 und antirassistische Bewegungen und linkere Parteien einen größeren Zulauf. Das  
66 progressive Potenzial, das die aktuelle Repolitisierung mit sich bringt, wollen  
67 wir stärken und nutzen - nicht nur um den Status Quo gegen Schlimmeres zu  
68 verteidigen, sondern um für positive Veränderung zu werben.

69 Der anstehende Wahlkampf und die derzeitige Polarisierung bieten uns die  
70 Möglichkeit, Menschen mit progressiven grünen Inhalten zu erreichen, die noch  
71 nicht politisch aktiv oder festgelegt sind. Gerade viele junge Menschen zeigen  
72 in diesen Zeiten ein gesteigertes Interesse an Politik. Wir dürfen die Kritik an  
73 aktuellen Missständen nicht den Rechten überlassen. Denn wir haben die Visionen  
74 für eine bessere Zukunft, die vernünftigen Argumente und wir setzen uns für ein  
75 solidarisches Miteinander ein. Wir wollen das gute Leben nicht nur für ein paar  
76 wenige, sondern für alle möglich machen. Um langfristig etwas zu verändern,  
77 müssen wir als Verband wachsen, viele Menschen politisieren und ihnen  
78 Möglichkeiten zum politischen Handeln bieten.

## 79 **2. Wo steht die politische Linke?**

80 Die politische Linke leidet unter Depolitisierung. Auch das ist eine Ursache  
81 dafür, dass die Neue Rechte aktuell so erfolgreich ist. Manche Konservative  
82 führen den aktuellen Erfolg der Neuen Rechten auf den gesellschaftlichen  
83 Überdruß mit einer Vorherrschaft linker Ideen - also einer linken Hegemonie -  
84 zurück. Sie werfen den progressiven Kräften vor, dass sie die Gesellschaft mit  
85 ihrem Veränderungswillen überforderten, dass linke Politik und linke Ideen an

ihrem eigenen Erfolg zu Grunde gingen. Sie verbuchen gesellschaftliche Liberalisierung, die vor allem durch den Einfluss der Grünen stattgefunden hat, als Realisierung einer linken Utopie, gegen die sich nun angesichts der „wirklichen Probleme“ Unzufriedenheit hegt. Dabei wird komplett ausgeblendet, dass Privatisierung, Kürzungen von Leistungen, Rückbau des Sozialstaats und Priorisierung wirtschaftlicher Begründungen vor politischen Argumenten die Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt haben. Diese Dominanz lässt sich durch eine neoliberale Hegemonie erklären: Liberale Grundwerte des unregulierten Marktes treffen auf aktive Eingriffe eines starken Staates, der vor allem im Interesse und zur Stabilisierung der Märkte auftritt. Die neoliberalen Ideale der Wirtschaftspolitik, die die Rahmenbedingungen für gesellschaftspolitische Entwicklungen massiv prägen, wurden durch linke Politik der vergangenen Jahrzehnte nie existenziell bedroht - im Gegenteil, zahlreiche linke Parteien beteiligten sich an deren Umsetzung, was bis heute zu einem nachhaltigen Vertrauensverlust an neuen wirtschaftspolitischen Konzepten durch progressive Parteien beiträgt. Auch deshalb sind Bemühungen gescheitert, grundlegende Probleme zu lösen, die mit der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Am Beispiel des Kampfs gegen die Klimakrise zeigt sich: Veränderungen alleinig innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel durch Zertifikatehandel und Selbstverpflichtungen von Unternehmen, werden der Dringlichkeit des Problems nicht gerecht. Erst die nun aufkeimenden Zweifel am nicht eingelösten Glücksversprechen vom Aufstieg durch Leistung und vom Wohlstand für alle, stellen die neoliberal-konservativen wirtschaftspolitischen Werte in Frage.

Unsere Aufgabe als emanzipatorischer Jugendverband ist es, den autoritären Kräften eine Vision der positiven Veränderung entgegen zu setzen.

Wir dürfen uns nicht mit neoliberalen Phrasen von Chancengleichheit zufrieden geben. Allein die gleiche Chance für jede\*n, beim kapitalistischen Glücksspiel vielleicht als Gewinner\*in herauszukommen, ist kein Ziel einer emanzipatorischen Linken, die wirkliche Gleichberechtigung für alle einfordert.

Wir stellen uns entschieden gegen Abschottung und Nationalismus. Forderungen nach einem Zurück ins nationale Klein-Klein werden die soziale Schieflage der Globalisierung nicht korrigieren, sondern einen Teufelskreis hervorrufen und zu noch mehr Wettbewerbsdruck zwischen Nationalstaaten führen. Daraus abzuleiten, dass eine weitere Liberalisierung und eine weiter unzureichend regulierte Globalisierung das richtige Rezept gegen Nationalismus und Protektionismus wären, ist ein Irrweg.

Neoliberale Antworten auf den autoritären Umbau erkaufen nur Zeit, sie bieten aber keinen Schutz vor einem weiteren Rechtsruck. Links-liberale Hoffnungsträger\*innen wie Hillary Clinton in den USA, der kanadische Premierminister Justin Trudeau oder der französische Präsidentschaftskandidat

127 Emmanuel Macron werden oftmals als entscheidende Kämpfer\*innen gegen Rechts  
128 gefeiert. Sie stehen für Europa und gegen den autoritären Umbau, gegen  
129 Protektionismus, für Vielfalt und Weltoffenheit. Doch bei allem Richtigen und  
130 Wichtigen, das sie fordern und umsetzen stehen sie auch für eine neoliberale  
131 Wirtschaftspolitik, für das Leistungsprinzip und Wettbewerbsfähigkeit und damit  
132 für den Erhalt sozialer Ungleichheit. Gleichwohl sie angesichts der  
133 unmittelbaren Bedrohung von Rechtsaußen Bündnispartner\*innen gegen die  
134 Verschlechterung des Status Quo sind, werden sie an der Ungerechtigkeit und der  
135 Unzufriedenheit, die dieses System hervorbringt langfristig scheitern und damit  
136 den Nährboden der autoritären Kräfte nicht austrocknen.

137 Leider muss eine Kritik am Rückbau des Sozialstaats auch immer auf Parteien  
138 zielen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden und die Aushöhlung der  
139 Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahrzehnten mitgetragen oder sogar aktiv  
140 vorangetrieben haben und sich mit Liberalisierung im gesellschaftspolitischen  
141 Bereich weitgehend zufrieden gaben. Politische Reformen, die bestimmte  
142 gesellschaftliche Bereiche offener gestaltet haben und im Ansatz emanzipatorisch  
143 waren, gingen mit einer häufig unkritischen, überstürzten und meist auf  
144 nationale Standortvorteile bedachten Liberalisierung wirtschaftlicher Strukturen  
145 einher. Letztere legte mit deregulierten Finanzmärkten den Grundstein für die  
146 Finanzkrise und schuf neue Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Von  
147 Präsident Bill Clinton in den USA über Tony Blair in Großbritannien mit seiner  
148 New Labour bis hin zur Agenda 2010 in Deutschland - eingeführt von einer rot-  
149 grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder - linke Parteien haben sich auf  
150 linke Politik im gesellschaftspolitischen Bereich konzentriert und neoliberal-  
151 konservative Politik im ökonomischen Bereich betrieben.

152 Die meisten linken Parteien haben sich von der ursprünglichen Anbindung an  
153 soziale Bewegungen entfernt und haben ihren Arbeitsschwerpunkt im  
154 parlamentarischen Alltagsgeschehen. Das mangelnde Vertrauen der Menschen in  
155 Politiker\*innen und Parteien geht auch auf die zum Teil eher verwaltend  
156 angelegte Ausrichtung des parteipolitischen Alltags zurück. Parteien haben aber  
157 auch die Aufgabe neue politische Gestaltungsmöglichkeiten auszutesten und für  
158 diese einzustehen, statt sich durch Zurückhaltung und den Verzicht auf  
159 Festlegungen und klare Positionen unangreifbar zu machen. Gerade die Grüne  
160 Partei ist zu ihrer Gründung als Tor für neue Ideen gerade auch von  
161 außerparlamentarischen Bewegungen in das Parlament und mit dem Anspruch auf  
162 Veränderung des politischen Systems angetreten. Diese Funktion ist nicht nur  
163 dringend notwendig, sondern wird immer noch von den Grünen erwartet. Denn  
164 politische Gestaltung gelingt nur mit einem visionären Horizont vor Augen. Wir  
165 setzen uns für eine Politik ein, bei der nicht kurzfristiger Machterhalt,  
166 sondern eine gute Zukunft für alle das Ziel ist. Deswegen kämpfen wir als GRÜNE  
167 JUGEND an der Seite der sozialen Bewegungen für eine bessere Zukunft und setzen  
168 uns dafür ein, dass auch Bündnis 90/DIE GRÜNEN, soziale Bewegungen und Parlament  
169 zusammen denken.

170 Eine emanzipierte Gesellschaft muss immer auch in Verbindung mit einer  
171 grundlegenden Kritik an den ökonomischen Verhältnissen verbunden werden. Solange  
172 wir nur einen Aufstieg der „Talentierte“ aus den Reihen von Minderheiten als  
173 Sieg der Emanzipation feiern, feiern wir doch vor allem den Sieg von  
174 Leistungsprinzip und Wettbewerb. Wir müssen soziale und kulturelle Kämpfe  
175 zusammendenken. Nur so gelingt es uns, schlagkräftig gegen den Rechtsruck zu  
176 sein. Wir dürfen linke Politik weder allein als Identitäts- und  
177 Befindlichkeitspolitik verstehen, noch als politisch konsequenzlose  
178 Theoriearbeit und Ideologiekritik, die nicht über die Feststellung einer  
179 Konstruktion hinausgeht. Ein ökologisch nachhaltiger Lifestyle oder ein  
180 Lesekreis sind noch keine Politik. Natürlich sind aber kritische Bildungsarbeit,  
181 die Beschäftigung mit politischer Theorie und die Reflexion eigener  
182 Handlungsspielräume wichtige Mittel für gemeinsames politisches Handeln. Als  
183 links gelabelte Praxis, die nicht über individualisierte  
184 Selbstverwirklichungsansätze und Selbstoptimierung hinausgeht, kann den Rechten  
185 aber nichts entgegensetzen. Im Gegenteil birgt diese Individualisierung die  
186 Gefahr der Entpolitisierung in sich. Denn sie verhindert eine wirksame  
187 Gegenmobilisierung zum derzeitigen Rechtsruck. Doch genau so eine  
188 Gegenmobilisierung müssen wir auf die Beine stellen, wenn wir bestehende  
189 Ungerechtigkeiten abschaffen und die rechte Gefahr abwenden wollen. Dafür müssen  
190 wir Menschen ansprechen, begeistern, überzeugen, organisieren und auf die Straße  
191 bringen.

### 192 **3. Die GRÜNE JUGEND im Bundestagswahlkampf 2017**

193 Das ist unser Ziel als GRÜNE JUGEND für das nächste Jahr, das wir mit unserer  
194 Kampagne zur Bundestagswahl erreichen wollen. Diese Kampagne bedeutet dabei mehr  
195 als punktueller Wahlkampf, sie gibt uns die Möglichkeit, linke Visionen in die  
196 Gesellschaft zu tragen. Und genau das zu tun ist enorm wichtig, wenn wir die  
197 Demokratie retten wollen, die aus verschiedenen Richtungen bedroht ist. Diese  
198 Gefahr müssen wir ernst nehmen. Als antifaschistische Jugendorganisation werden  
199 wir die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts nicht  
200 mitmachen oder hinnehmen. Gerade in Wahlkampfzeiten, in denen politische  
201 Akteur\*innen gesteigerte Aufmerksamkeit bekommen, ist es wichtig, dass es eine  
202 klare, linke Stimme gegen Hetze und Hass der AfD gibt. Wir müssen gerade jetzt  
203 entschlossen für universelle Menschenrechte, für demokratische Prinzipien und  
204 für die Überzeugung einstehen, dass eine bessere Zukunft für alle Menschen  
205 möglich ist. Wir kämpfen für eine europäische und demokratische Zukunft, gegen  
206 Nationalismus, Abschottung und autoritären Umbau! Doch wir wollen nicht nur  
207 gegen den Rechtsruck kämpfen, sondern die Verhältnisse verändern, die ihn  
208 hervorgebracht haben und begünstigen. Dafür müssen wir viele Menschen von  
209 unseren Visionen überzeugen um sie für eine ökologische Wende, gerechte Teilhabe  
210 und ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu gewinnen. Die Möglichkeit,  
211 endlich eine Bundesregierung ohne Beteiligung der CDU und vor allem auch der  
212 reaktionären und rassistischen CSU zu bilden, ist greifbar. Es gibt den  
213 gesellschaftlichen Wunsch nach einem Regierungswechsel und nach politischem

214 Wandel. Auf dieser Stimmung wollen wir aufbauen, um für tatsächliche Veränderung  
215 zu werben. Eine andere Zukunft ist möglich, wir haben es in der Hand, dass sie  
216 auch Realität wird!

### 217 **3. 1. Welt ändern, aber wie?**

218 Die Bundestagswahlkampagne wollen wir nutzen, um für Klimagerechtigkeit und  
219 gegen das Wirtschaften auf Kosten von Mensch und Umwelt zu mobilisieren. Schon  
220 jetzt sind die Folgen der Klimakatastrophe für viele Menschen tagtäglich  
221 spürbar- und wir sind die letzte Generation, die verhindern kann, dass es noch  
222 viel schlimmer wird.

223 Unser Wirtschaften, unsere Energie und unsere Lebensweise darf nicht auf Kosten  
224 anderer Menschen in anderen Regionen dieser Welt oder künftiger Generationen  
225 geschehen. Wir lassen uns unsere Zukunft nicht von denen wegnehmen, die diesen  
226 Planeten rücksichtslos zerstören. Diese Erde als unsere Lebensgrundlage zu  
227 erhalten ist möglich, doch dafür müssen wir viele sein und gemeinsam mit  
228 Menschen aus der ganzen Welt zusammen streiten – in den Parlamenten, auf der  
229 Straße und in der Kohlegrube. Wir wollen die Probleme lösen, anstatt sie zu  
230 verdrängen, wir wollen für ein besseres Klima kämpfen, anstatt den Kopf in den  
231 Sand zu stecken. Wir kämpfen auf allen Ebenen für eine lebenswerte Zukunft, denn  
232 die Welt rettet sich nicht von alleine.

233 Wir fordern:

- 234 • Den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas.
- 235 • Strom und Wärme mit 100% Erneuerbaren Energien und ein Ende des  
236 Verbrennungsmotors.
- 237 • Den sofortigen Förderungsstopp von Braunkohle.

238 Wir kämpfen dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem sozialen Status oder  
239 seines Geldbeutels, an der Gesellschaft teilhaben kann. Doch durch die  
240 zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums und die Sparpolitik der Großen  
241 Koalition werden immer mehr Menschen, und gerade junge Menschen, vom  
242 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. 23,7 Milliarden Euro Überschuss haben  
243 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im Jahr 2016 erzielt. Die Große  
244 Koalition und allen voran Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verschlafen die  
245 dringend nötigen Investitionen in unsere Zukunft! Dabei ist so klar, wo das Geld  
246 gebraucht wird: Öffentliche Schwimmbäder oder Bibliotheken müssen schließen oder  
247 erheben hohe Eintrittspreise. Einkaufszentren und Parkhäuser werden gebaut und  
248 ersetzen Parks und Jugendzentren. Bolzplätze und Skateparks brauchen neue Tore  
249 bzw. Rampen. Schulen und Universitäten sind total marode und der oftmals

250 privatisierte öffentliche Nahverkehr ist teuer und nicht ansatzweise ausreichend  
251 ausgebaut. Jedes Jahr verschleißt mehr öffentliche Infrastruktur als neue  
252 entsteht. Hinzu kommen massive Kürzungen im Bildungsbereich und ein eklatanter  
253 Lehrer\*innenmangel, die es im Zusammenspiel mit Leistungsdruck,  
254 Verwertbarkeitslogik und autoritärer Organisierung des Schulsystems zunehmend  
255 schwieriger machen, dass junge Menschen im Rahmen ihrer Schulbildung ein  
256 kritisches Bewusstsein entwickeln, das in Anbetracht des gesellschaftlichen  
257 Rechtsruckes so wichtig wäre. Schäubles "schwarze Null" ist damit aus Sicht der  
258 Generationengerechtigkeit in hohem Maße unfair. Deshalb streiten wir für ein  
259 Ende der Kaputtsparpolitik. Wir fordern Investitionen in eine kostenfreie und  
260 gut ausgebaute soziale Infrastruktur, in öffentliche Freiräume und in ein  
261 kostenloses und gerechtes Bildungssystem. Mobilität bedeutet Teilhabe. Deshalb  
262 sollte Mobilität nicht vom Geldbeutel abhängig sein: Der Öffentliche Personen-  
263 Nahverkehr (ÖPNV) muss solidarisch finanziert werden, Fahrten müssen ohne  
264 Tickets möglich sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel  
265 Geld jemand hat oder wo ein Mensch herkommt, und in der alle Menschen sich nach  
266 ihren Wünschen frei verwirklichen können, solange sie nicht die Freiheit anderer  
267 einschränken. Kämpfe mit uns gemeinsam für eine Welt, in der du deinen Platz  
268 hast!

269 Wir fordern:

- 270 • Mehr Freiräume in Stadt und Land: Schöne Parks, gut ausgestattete  
271 Jugendzentren und Sportplätze müssen finanziert werden und für alle zur  
272 Verfügung stehen.
  
- 273 • Kostenlose Bildung und ganztägige Betreuung in bester Qualität von der  
274 Krippe und Kita über die Schule und die Uni bis zur Berufsschule -  
275 Mensaessen inklusive.
  
- 276 • Einen hochwertigen und gut ausgebauten, ticketlosen ÖPNV im ganzen Land,  
277 der umlagefinanziert wird. Damit Mobilität für alle möglich ist.

278 Das letzte Jahr war von enormen Angriffen auf die Errungenschaften, die mutige  
279 Aktivist\*innen vor uns erreicht haben, gekennzeichnet. Rechte Parteien  
280 verbreiten immer stärker ihre antifeministische, LGBTIQ-feindliche und  
281 rassistische Hetze. Doch auch in der Gesamtgesellschaft läuft vieles schief:  
282 Frauen dürfen nicht selbst über ihren Körper entscheiden und leisten nach wie  
283 vor einen großen Teil der unbezahlten und gering geschätzten Care-Arbeit,  
284 Schwule und Lesben werden als Bedrohung für Familie diffamiert, Menschen die  
285 nicht in die binären Geschlechterkategorien Mann, Frau passen werden in diese  
286 Geschlechterkategorien gezwungen und Menschen, die Esra und nicht Lisa heißen  
287 werden gefragt "wo sie wirklich herkommen" und gesellschaftlich schikaniert. Das  
288 akzeptieren wir nicht. Wir alle sollen selbstbestimmt und in Freiheit leben  
289 können! Das bedeutet für uns, dass wir selbst entscheiden können, wie wir uns



290 kleiden, wen wir lieben, ob und mit wem wir Sex haben und wie wir leben. Und wir  
291 alle müssen ohne Diskriminierung leben können, egal wo wir herkommen, wie wir  
292 aussehen oder welche Hautfarbe wir haben. Wir stehen solidarisch zueinander und  
293 kämpfen gemeinsam gegen diejenigen, die uns den Respekt verweigern und unsere  
294 Rechte in Frage stellen.

295 Wir fordern:

- 296 • Familienvertrag statt Ehe! Wir wollen, dass Menschen, die füreinander da  
297 sein und sorgen wollen dies auch rechtlich abgesichert tun können - egal  
298 welchen Geschlechts und egal ob zu zweit, zu dritt oder whatever
  
- 299 • Eine Reform des Transsexuellengesetzes, damit alle Menschen frei und  
300 unkompliziert darüber entscheiden können, unter was für einem oder keinem  
301 Geschlecht sie registriert werden wollen und die Vielfalt der Geschlechter  
302 auch rechtlich anerkannt wird
  
- 303 • Eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln von Krankenkassen für alle  
304 Menschen
  
- 305 • Eine Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen  
306 und die Abschaffung der Pflichtberatung.

### 307 **3. 2. Wurzeln schlagen & wachsen**

308 Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir viele Menschen erreichen und dürfen  
309 nicht nur in unserer Blase wahrgenommen werden. Dafür müssen wir raus auf die  
310 Straße, raus aus unserer Filterblase im Netz, die politische Auseinandersetzung  
311 und das Gespräch mit verschiedenen Menschen suchen. Wir müssen klare Kante  
312 zeigen, aber Menschen auch von positiven Veränderungsmöglichkeiten begeistern.  
313 Wir müssen einen eigenständigen Wahlkampf machen und unsere eigenen Ideen und  
314 Konzepte in den Fokus rücken. Wir wollen junge Menschen jedoch nicht nur dazu  
315 animieren, einmalig ihre Stimme abzugeben, sondern wir wollen sie politisieren  
316 und sie auch dazu motivieren, langfristig politisch aktiv zu sein, sich  
317 einzubringen und mit uns für eine Veränderung zu kämpfen. Wir wollen als Verband  
318 wachsen und möglichst viele junge Menschen aktivieren und mobilisieren. Deshalb  
319 setzen wir ganz besonders auf die Arbeit in den Ortsgruppen. Die lokale Ebene  
320 ist der Ort, wo wir kontinuierlich arbeiten und Menschen direkt ansprechen  
321 können. Nur wenn wir starke Ortsgruppen haben, können wir als Verband wachsen  
322 und uns weiter entwickeln, denn vor Ort motivieren und erreichen wir die Leute.  
323 Gleichzeitig müssen diese schlagkräftigen Ortsgruppen sich austauschen,  
324 vernetzen und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten. Wir haben eine klare  
325 gemeinsame Botschaft - und die wollen wir lokal umsetzen und nach außen  
326 transportieren. Im Wahlkampf heißt es auch raus aus der Komfortzone - wir wollen  
327

328 nicht nur in großen Universitätsstädten, sondern auch im ländlichen Raum jungen  
329 Menschen die Möglichkeit geben, politisch mitzumischen und junggrüne Inhalte  
330 verbreiten. Dieser Wahlkampf gibt uns die Chance, Wurzeln zu schlagen und zu  
wachsen - lasst sie uns gemeinsam nutzen!

### 331 **3.3. Unsere Erwartungen an die Wahl**

332 Bei der Bundestagswahl geht es um mehr als nur ein gutes Grünes Ergebnis, unser  
333 Kampf endet nicht mit der Wahl am 24. September, sondern geht darüber hinaus.  
334 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Grünen sich in möglichen  
335 Koalitionsverhandlungen nicht auf faule Kompromisse einlassen, sondern für  
336 progressive, linke und emanzipatorische Inhalte einstehen. Für uns ist dabei  
337 klar: Regieren ist kein Selbstzweck, sondern nur sinnvoll, wenn dadurch grüne  
338 progressive Inhalte umgesetzt werden können. Dabei muss sich die Grüne Partei im  
339 Vorfeld klare rote Linien geben, hinter die nicht zurück gefallen werden darf.  
340 Die Grünen dürfen bei einer möglichen Koalitionsbildung nicht beliebig sein,  
341 sondern müssen klar machen, dass eine grüne Regierungsbeteiligung nur dann  
342 möglich ist, wenn bestimmte inhaltliche Mindestanforderungen erfüllt sind. Eine  
343 Koalition, die Grüne Inhalte nicht aufgreift und die Grundsätze unserer Partei  
344 verrät, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

345 Auch wir als GRÜNE JUGEND werden uns im kommenden Programmprozess und in den  
346 möglichen Koalitionsverhandlungen für progressive Inhalte einsetzen. Dabei  
347 werden wir uns insbesondere für folgende Ziele einsetzen und sie als unsere  
348 Erwartungen an eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung vorbringen:

349 Wir erwarten eine Abkehr von der menschenverachtenden Asylpolitik der Großen  
350 Koalition. Dazu gehört die Rücknahme des EU-Türkeideals und der  
351 Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre. Das bedeutet auch, dass ein  
352 Kurswechsel in diesem Bereich deutlich erkennbar ist, zum Beispiel durch den  
353 Einsatz für humanitäre Visa und legale Fluchtwege.

354 Außerdem fordern wir von einer möglichen Koalition die Umsetzung der Ziele aus  
355 unseren feministischen und queeren Kämpfen, also die längst überfällige  
356 Abschaffung des Ehegatt\*innensplittings, eine Reform des Transsexuellengesetzes,  
357 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln, echte Lohngleichheit und die Ehe für  
358 alle Paare, unabhängig des Geschlechtes der Partner\*innen.

359 Die kommende Bundesregierung muss Europa zusammenhalten und die Europäische  
360 Union umgestalten: Hier ist Handlungsfähigkeit gefragt. Europa muss  
361 demokratischer werden und enger zusammenrücken. Dazu muss auch eine  
362 Bundesregierung sich selbst zurücknehmen und die europäische Ebene gegenüber der  
363 nationalen Ebene stärken.

364 Wir machen uns stark für tatsächliche Teilhabe und Gerechtigkeit in ganz Europa,  
365 also für massive Investitionen und damit einem Ende der Austeritätspolitik. Wir  
366 brauchen mehr Ausgleich und mehr Solidarität in Europa. Dazu gehören ein  
367 gemeinsames Budget für die Eurozone, strengere Regeln im Finanzmarktsektor,  
368 europäische Finanztitel zur Schuldenaufnahme als auch eine europäische  
369 Arbeitslosenversicherung. Wir fordern die Einführung der  
370 Mindestausbildungsvergütung, die Abschaffung der ALG-2-Sanktionen und den  
371 entschlossenen Kampf gegen den Niedriglohnsektor. Dringend notwendig ist der  
372 Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit, wie zum Beispiel durch eine progressive  
373 Vermögenssteuer und eine Stärkung der gesetzlichen Rente, die für alle  
374 existenzsichernd sein muss und eine gerechtere Verteilung auch im Alter im Blick  
375 hat. Dazu kommt der Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, sowie die  
376 Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Um Teilhabe zu fördern und  
377 nachhaltige Mobilität auszubauen muss das Projekt des ticketlosen ÖPNV  
378 angestoßen werden, der allen Menschen Mobilität ermöglicht. Außerdem setzen wir  
379 uns für eine gesetzliche Grundlage ein, um mit Maßnahmen wie einer Citymaut und  
380 einer Staugebühr Autoverkehr zu reduzieren und die Luft in den Städten zu  
381 verbessern.

382 Von einer grünen Regierung erwarten wir echten Klima-, Umwelt- und Naturschutz.  
383 Dazu gehört die Abschaffung der Massentierhaltung und ein Ende der  
384 Verwertbarkeit unserer Lebensgrundlagen. Handelsabkommen à la TTIP und CETA  
385 dürfen nicht mit grünen Stimmen und vorbei an einer demokratischen  
386 Öffentlichkeit durchgeboxt werden. Wir wollen stattdessen eine faire und  
387 multilaterale Handelspolitik mit hohen sozialen und ökologischen Standards  
388 jenseits von nationalen Grenzen.

389 Gleichzeitig wollen wir, dass eine mögliche Koalition sich für Freiheit stark  
390 macht, also klaren Einsatz für Freiheits- und Bürger\*innenrechte zeigt und sich  
391 entschlossen der Massenüberwachung und dem Generalverdacht in den Weg stellt,  
392 sich gegen Aufrüstung und staatliche Repression stark macht und mindestens  
393 Cannabis endlich legalisiert.

#### 394 **3.4. Wie geht es weiter?**

395 Das Ende des Wahlkampfes bedeutet nicht das Ende unserer Verbandsentwicklung.  
396 Ganz im Gegenteil gilt es gerade dann, die Grundlagen, die im Wahlkampf  
397 geschaffen wurden zu nutzen und umzusetzen. Die Menschen, die im Wahlkampf neu  
398 dazu gekommen sind, müssen wir willkommen heißen und einbinden. Die  
399 verschiedenen Ebenen des Verbandes, insbesondere die neuen aktiven Ortsgruppen  
400 müssen wir vernetzen und viele neue Menschen mit unserer Bildungsarbeit  
401 erreichen. Theoriearbeit müssen wir als ein Mittel für die Verwirklichung einer  
402 freien und solidarischen Gesellschaft begreifen, denn kritische Bildungsarbeit  
403 ist eine Triebkraft für positiven Wandel.

404 Allen Mitgliedern soll diese Theoriearbeit zugänglich sein, denn sie bietet  
405 gerade neuen Menschen die Möglichkeit, ihre individuellen Erfahrungen von  
406 Ungerechtigkeit in den gesellschaftlichen Kontext zu stellen und daraus eine  
407 politische Kritik und den Wunsch nach Veränderung abzuleiten. Diese kritische  
408 Bildungsarbeit wollen wir mit einer politischen Praxis verbinden, die  
409 Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht, Menschen ihre eigenen Möglichkeiten  
410 und Grenzen kennen lernen lässt, sie an demokratische Prozesse heranführt und  
411 Solidarität erlebbar macht. Dafür wollen wir uns mit den politischen Kämpfen vor  
412 uns auseinander setzen, mit ihren Erfolgen und ihren Fehlern, und so auf sie  
413 aufbauen. Wir müssen uns mit den Grundlagen dieser Gesellschaft beschäftigen und  
414 uns über langfristige Ziele und Strategien für die GRÜNE JUGEND, als linke  
415 Jugendorganisation, Gedanken machen. Unser Ziel muss es sein, nicht nur in der  
416 Mitgliederzahl zu wachsen, sondern diesen Mitgliedern auch neue politische  
417 Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das können wir nicht  
418 alleine schaffen, dafür brauchen wir dich! Im nächsten Jahr kommt es auf jede  
419 und jeden von uns an. Wenn es jede\*r schafft, mindestens drei Freund\*innen zum  
420 Mitmachen zu bewegen, dann haben wir viel geschafft. Nur wenn wir viele sind,  
421 nur wenn wir aktiv sind, nur wenn wir rausgehen und laut sind, können wir mit  
422 unseren politischen Zielen Menschen erreichen.

423 [#weltaendern](#)

424 Nur gemeinsam können wir den Rechtsruck stoppen, den Status Quo der Großen  
425 Koalition beenden und linke Visionen umsetzen. Die Zukunft liegt in unserer Hand  
426 - ändern wir die Welt, bevor es andere tun!

## **Begründung**

Wir stehen vor einer enorm wichtigen Wahl. Bei der Bundestagswahl 2017 wird im größten Land Europas gewählt und in Zeiten von Brexit und Trump und der Gefahr des autoritären Umbaus der Demokratie kommt es auf uns an, dass wir Widerstand leisten. Wir wollen aber nicht nur gegen den Rollback, sondern auch gegen den Stillstand der Großen Koalition auf die Straße gehen. Denn vieles läuft schief und wir wollen die Welt ändern, bevor es andere tun. Mit unserem Leitantrag wollen wir unsere Position festlegen sowie unsere Rolle in diesem Wahljahr und darüber hinaus bestimmen.

## **L2-Beschluss Digitize Democracy - Lasst uns die Demokratie digitalisieren!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 22.04.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

427 Die Digitalisierung erhält Einzug in unser Leben, in unsere Gesellschaft und  
428 auch in unsere Demokratie. Die neuen Möglichkeiten, die sie uns bietet, müssen  
429 wir als Chance begreifen, anstatt ihr nur skeptisch und zögerlich zu begegnen.  
430 Die Digitalisierung ermöglicht eine stärkere Beteiligung, mehr Transparenz auf  
431 allen Ebenen, Modernisierung und damit auch eine Stärkung der Demokratie.

432 Allerdings birgt die Digitalisierung auch Risiken und Gefahren. Es ist unsere  
433 Aufgabe darauf zu achten, dass wir alle von den Neuerungen profitieren, statt  
434 von ihnen eingeschränkt zu werden. Es ist an der Zeit, den Fortschritt als Hilfe  
435 für den Menschen zu begreifen, anstatt ihn als Werkzeug autoritärer Politik zu  
436 missbrauchen. Wir wollen mehr Freiheit, mehr Transparenz und keine  
437 digitalisierte Diskriminierung.

### **438 Informationsfreiheit**

439 Die Informationsfreiheit definiert das Recht zur Einsicht in Dokumente der  
440 öffentlichen Verwaltung. Damit sind Ämter und Behörden verpflichtet, ihre  
441 Dokumente zu veröffentlichen und grundsätzlich allen Personen offen zu legen.  
442 Außerdem müssen die Informationen zugänglich gemacht werden, um eine  
443 demokratische Kontrolle zu ermöglichen.

444 Informationsfreiheit dient dabei nicht nur der kollektiven Kontrolle, die von  
445 Journalist\*innen genutzt werden kann, sondern auch der Bekämpfung von  
446 Korruption. Transparente Prozesse und Verfahren erlauben dabei die Kontrolle der  
447 Behörden bei der Vergabe von Aufträgen. So sichert Informationsfreiheit, dass  
448 Behörden im Sinne der Gesellschaft und nicht für Partikularinteressen arbeiten.

449 Mit dem Informationsfreiheitsgesetz können Bürger\*innen auch in  
450 unveröffentlichte Dokumente Einsicht erhalten, womit die Arbeit der Behörden  
451 öffentlicher und transparenter wird. Das Gesetz gewährt jeder Person einen  
452 voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von  
453 Bundesbehörden. Eine Begründung durch Interesse rechtlicher, wirtschaftlicher

454 oder sonstiger Art ist nicht erforderlich.

455 Jedoch wird Informationsfreiheit weiterhin als Anhängsel des Datenschutzes  
456 betrachtet. Noch immer gilt die Regelung, das Datenschutzbeauftragte auch  
457 gleichzeitig die Beauftragten für Informationsfreiheit sind. Allerdings ist das  
458 Gebiet des Schutzes der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre vollkommen  
459 unterschiedlich zudem des Grundsatzes der Informationsfreiheit in den  
460 öffentlichen Stellen. Die bisherige Personalausstattung reicht nicht einmal aus,  
461 um den Aufgaben des Datenschutzes ausreichend gerecht zu werden. Die  
462 Informationsfreiheit muss vom Datenschutz entkoppelt und gesondert betrachtet  
463 werden. Es braucht eine\*n eigene\*n Beauftragte\*n für Informationsfreiheit, sowie  
464 eine eigene Behörde mit entsprechendem Personal.

465 Die Informationsfreiheit erfordert eine Aktivität einer interessierten Person,  
466 damit sie den Zugang zur Information erhält. Ganz anders als bei einem  
467 Transparenzgesetz: Hier sind Behörden verpflichtet Dokumente allen  
468 offenzulegen. Damit werden die jeweiligen Dokumente und Informationen der  
469 Öffentlichkeit präsentiert, ohne dass der Zugang von einer Person erst beantragt  
470 werden muss oder sich allein auf diese Person beschränkt.

471 Für uns ist ein Transparenzgesetz deshalb eine gute Ergänzung zum  
472 Informationsfreiheitsgesetz. Wir fordern eine entsprechende Regelung, die  
473 definiert welche Informationen grundsätzlich veröffentlicht werden müssen. Das  
474 Ziel sollte darüber hinaus immer die Veröffentlichung sein, solange keine  
475 rechtlichen Gründe oder ein unverhältnismäßiger Aufwand dagegen sprechen. Das  
476 Recht auf Informationsfreiheit muss davon natürlich uneingeschränkt bleiben. Der  
477 offene Zugang zu Informationen muss allen kostenlos möglich sein!

478 Beim Geschäft mit Geheimnissen ist die demokratische Kontrolle umso wichtiger.  
479 Dabei ist die parlamentarische Kontrolle alleine nicht ausreichend – die Arbeit  
480 der Geheimdienste muss auch von der Gesellschaft überwacht und beeinflusst  
481 werden können. Gesetze der Informationsfreiheit müssen deshalb auch für  
482 Geheimdienste gelten. Mehr noch, um die gesellschaftliche Kontrolle zu  
483 ermöglichen, fordern wir, dass die Menschen endlich Zugriff zu  
484 geheimdienstlichen Informationen erhalten. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz  
485 muss es möglich sein, Geheimdienste zur Bekanntgabe von Informationen  
486 aufzufordern.

487 Zur Bewertung der Zahlungsfähigkeit führen Wirtschaftsauskunfteien wie die  
488 Schufa Scores über jede einzelne Person. Diese Scores beurteilen die  
489 Kreditwürdigkeit, Liquidität und Bonität einer Person und geben damit anderen  
490 Unternehmen eine Entscheidungshilfe, ob sie mit der jeweiligen Person einen  
491 Vertrag eingehen möchten oder nicht. Wie sich dieser Score zusammensetzt, bleibt  
492 geheim, wodurch er seine Aussagekraft behalten soll. Es kann jedoch nicht sein,  
493 dass die Aussagekraft eines Scores allein auf dessen Geheimhaltung beruht.

494 Dabei kann die Ermittlung des Scores auch fehlerhaft oder aufgrund von falschen  
495 Informationen geschehen, ohne das die betroffene Person eine Korrektur  
496 einfordern kann. Ebenso bieten diese Scores großes Risiko für Diskriminierung,  
497 da nicht ersichtlich ist ob Daten wie Gender, Sexualität, Religion oder Wohnort  
498 im Score mit einbezogen werden.

499 Wir fordern daher ein umfassendes und einfach zu nutzendes  
500 Auskunftsrecht gegenüber den Wirtschaftsauskunfteien. Für die Betroffenen muss  
501 ersichtlich sein, welche Informationen in die Bewertung mit eingeflossen sind  
502 und wie diese gewertet wurden. Nur so haben Betroffene die Möglichkeit, Fehler  
503 zu korrigieren, sowie Diskriminierung zu erkennen und dagegen vorzugehen.  
504 Trotzdem muss klar sein, dass die Bekämpfung der Diskriminierung nie allein die  
505 Aufgabe von Betroffenen ist.

### 506 **Open Data & Open Government**

507 Open Data bezeichnet die Bereitstellung von Daten, die von allen ohne  
508 Einschränkungen genutzt, weiterverbreitet und wiederverwendet werden dürfen.  
509 Dieses Konzept beruht auf der Annahme, dass die Bereitstellung von offenen Daten  
510 zu mehr Transparenz und Zusammenarbeit führt. Open Data ist eine essentielle  
511 Voraussetzung für Open Government.

512 Open Government ist ein Sammelbegriff für Konzepte und Ideen, die sich mit der  
513 Öffnung des Staates und der Verwaltung beschäftigen. Ziel der Öffnung von  
514 Regierung und Verwaltung ist es, für mehr Transparenz und Teilhabe gegenüber der  
515 Bevölkerung und der Wirtschaft zu sorgen. Außerdem kann Open Government zu einer  
516 intensiveren Zusammenarbeit, mehr Innovation und einer Stärkung  
517 gemeinschaftlicher Belange beitragen.

518 Ein wichtiger Aspekt von Open Government ist die Informationsfreiheit, durch die  
519 die Transparenz in öffentlichen Behörden erhöht werden soll. Auch das offene  
520 Haushaltswesen, sowie eine quelloffene Software sind Open Government Konzepte.

521 Die Bereitstellung offener Haushaltsdaten durch Verwaltungen ist die  
522 Voraussetzung dafür, das komplizierte Zahlenwerk zum Beispiel durch  
523 Visualisierung einfacher und verständlich zugänglich zu machen. Deshalb ist es  
524 wichtig, dass neben der heute schon häufig veröffentlichten PDF auch eine  
525 maschinenlesbare Version der Haushaltsdaten zur Verfügung gestellt wird. In  
526 Zukunft sollten nur noch Buchhaltungs- & Haushaltssoftware verwendet werden, die  
527 einen fehlerfreien Export in offene Formate ermöglicht.

528 Freie Software bietet viele Vorteile gegenüber proprietärer Software. Sie gilt  
529 nicht nur als sicherer, weil sie jederzeit überprüft werden kann, sondern spart  
530 auch im großen Stil Lizenzgebühren ein. In Behörden und anderen öffentlichen  
531

532 Einrichtungen sollte freie Software deswegen zum Standard werden. Es sollten  
533 Ressourcen bereitgestellt werden, um die Software nicht nur zu nutzen, sondern  
534 aktiv weiterzuentwickeln und auf die Bedürfnisse der jeweiligen Stellen  
535 anzupassen. Generell sollte der Staat ein Interesse daran haben, den Einsatz und  
536 die Weiterentwicklung von freier Software zu fördern, da hiervon die ganze  
Gesellschaft profitiert.

537 Im Bereich Open Data und Open Government hat sich in den letzten Jahren eine  
538 aktive Community entwickelt. Die Arbeit von Entwickler\*innen, Daten-  
539 Journalisten\*innen und vielen mehr verdient unsere Wertschätzung. Mit dem bisher  
540 verfügbaren Open Data Angeboten schaffen sie bereits heute gesellschaftlichen  
541 Mehrwert und zeigen welch großes Potential in offenen Daten steckt. Dieses  
542 digitale Ehrenamt wollen wir durch finanzielle Förderung unterstützen. Neben der  
543 Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Forschung in diesem  
544 Bereich, wollen wir Angebote wie den Prototype Fund, der  
545 Softwareentwickler\*innen, Hacker\*innen und Kreativen ermöglicht, ihre Ideen vom  
546 Konzept bis zur ersten Demo zu entwickeln, ausbauen. Desweiteren soll die  
547 Benennung von klaren Ansprechpartner\*innen in allen Landes- und Bundesbehörden  
548 und ein Dialog über die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes, die  
549 Kommunikation zwischen Community und Verwaltungen verbessern. Innerhalb der  
550 Verwaltung wollen wir eine offenerere Kultur mit mehr Bewusstsein über den Wert  
551 offener Daten etablieren.

### 552 **Online Verwaltung**

553 Der technische Fortschritt hat das Potential unser aller Leben einfacher zu  
554 machen. Die Möglichkeit, ein Bankkontos rund um die Uhr online innerhalb weniger  
555 Minuten zu eröffnen ist ein Beispiel für bereits eingetretene Erleichterungen.  
556 Die Abmeldung einer Wohnung, die Verlängerung eines Ausweises oder die  
557 Ausstellung eines Gewerbescheins erfordert dagegen häufig noch die persönliche  
558 Anwesenheit in der zuständigen Behörde. Hier werden die technischen  
559 Möglichkeiten noch nicht ausreichend innerhalb von Verwaltungen genutzt. Andere  
560 europäische Länder wie die Niederlande oder Estland bieten bereits heute die  
561 Möglichkeit einen Großteil von Anliegen mit der Verwaltung komplett oder  
562 zumindest größtenteils online zu erledigen. Dies muss - natürlich unter der  
563 Wahrung des Datenschutzes und ausreichend gesicherten Systemen - auch zeitnah in  
564 Deutschland möglich sein. Eine Online-(Open)-ID zur Identität wäre ein wichtiger  
565 Schritt um mehr Verfahren zu digitalisieren. Um mehr E-Government Verfahren zu  
566 ermöglichen, wollen wir auf freiwilliger Basis ein zentrales Angebot zur  
567 digitalen Identifizierung gegenüber Behörden schaffen. Diese Funktion wollen wir  
568 dabei aber im Gegensatz zu bisherigen Bestrebungen vom neuen Personalausweis  
569 trennen.

### 570 **Beteiligung**



571 Mehr Partizipation zu ermöglichen ist für uns ein Anspruch an die Politik.  
572 Deshalb wollen wir digitale Tools und Plattformen aktiv nutzen, um mehr Menschen  
573 an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dafür wollen wir ein zentrales  
574 Partizipationsportal schaffen, an das Kommunen, Länder und der Bund angebunden  
575 sind, um einen barrierearmen Zugang zu schaffen. Konzepte wie Liquid Feedback,  
576 Mängelmelder oder Bürger\*innen-Haushalte gibt es bereits. Leider werden diese  
577 Partizipationsmöglichkeiten oft nur von wenigen Menschen genutzt und sprechen  
578 nur eine bestimmte Zielgruppe an. Wir brauchen mehr Mut, diese auch im größeren  
579 Stil auszuprobieren, denn den Dialog zu suchen und die Möglichkeit sich  
580 persönlich einzubringen sind Grundpfeiler unserer Demokratie.

581 Gleichzeitig müssen wir allerdings auch sicher stellen, dass die  
582 Partizipationsmöglichkeit nicht nur von einigen wenigen Privilegierten genutzt  
583 werden und nur den Einfluss von auch jetzt schon aktiven Bürger\*innen fördern.  
584 Wir fordern deswegen eine verbindliche und kritische Auswertung der  
585 Partizipationsmöglichkeiten, um diese Probleme zu beheben und Barrieren  
586 abzubauen. Wir wollen mehr Mut, Projekte anzustoßen, die eine breite Beteiligung  
587 der Gesellschaft durch demokratische Innovationen ermöglicht.

588 Wir glauben, dass sich das Verständnis von und der Anspruch an Beteiligung und  
589 Demokratie durch die Digitalisierung bereits verändert hat und weiter verändern  
590 wird. Darauf müssen sich alle Beteiligten einlassen. Wir wollen diesen Weg mit  
591 der nötigen Offenheit gehen, aber auch im Bewusstsein, dass die Veränderung für  
592 die Beteiligten innerhalb von Verwaltungen durchaus herausfordernd sein können,  
593 da sich die langjährig gelebte Praxis schnell und deutlich verändert. Um die  
594 technischen Grundlagen zu schaffen, sollen wo nötig mit öffentlichen Ressourcen  
595 die benötigten Tools entwickelt oder Bestehende verbessert werden und  
596 selbstverständlich unter einer freien Lizenz zur Verfügung gestellt werden.

### 597 **Big Data & Algorithmen**

598 Als GRÜNE JUGEND stehen wir der Digitalisierung, sowie den technischen  
599 Neuerungen grundsätzlich offen gegenüber. So halten wir es für fahrlässig, Big  
600 Data per se als böse oder schädlich zu bezeichnen. Methoden der Analyse großer  
601 Datenmengen erleichtern unsere Arbeit und ermöglichen viele neue Angebote.  
602 Besonders in der Wissenschaft, wo Sensoren immer mehr Daten aufnehmen und  
603 erzeugen, werden die Big-Data-Methoden immer wichtiger. Daher muss Big Data  
604 nicht nur als Fortschritt betrachtet werden, es ermöglicht ihn gar. Wir sehen in  
605 Big Data vorallem eine Chance, die es sinnvoll einzusetzen gilt.

606 Jedoch darf nie ausser acht gelassen werden, dass mit Big-Data-Methoden oft auch  
607 personenbezogene Daten verarbeitet werden. Die massenhafte Verarbeitung dieser  
608 personenbezogenen Daten lässt leicht vergessen, dass hinter jedem Datensatz  
609 immer noch ein Mensch steht. Ein Bewusstsein darüber, welche Systeme mit  
610 personenbezogenen Daten arbeiten, wie diese genutzt werden und wo sie sich

611 befinden, ist wichtig, aber oft nicht vorhanden. Die Stärkung des Datenschutzes  
612 ist gerade jetzt wichtiger denn je. Die Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes  
613 zur europäischen Datenschutzgrundverordnung laufen für uns deshalb in eine  
614 falsche Richtung. Wir wollen nicht noch mehr Überwachung, stattdessen muss der  
615 große Erfolg der europäischen Datenschutzgrundverordnung konsequent umgesetzt  
616 werden.

617 Big Data Systeme bestehen aus verschiedenen Algorithmen, mit denen große  
618 Datenmengen verarbeitet werden können und ein Algorithmus beschreibt  
619 Handlungsschritte zur Lösung eines Problems. Initiativen wie Algorithm Watch  
620 fordern Einsicht in diese Algorithmen - besonders bei jenen, die  
621 personenbezogene Daten für ihre Verarbeitung heranziehen. Schon länger fordern  
622 Netzaktivist\*innen Google dazu auf, den Suchalgorithmus offen zu legen. Nur so  
623 herrscht Klarheit darüber, inwiefern die eigenen personenbezogenen Daten genutzt  
624 werden und welche andere Faktoren dabei eine Rolle spielen. Die Kontrolle von  
625 Algorithmen und eine offene Einsicht ist sehr wichtig, damit Klarheit darüber  
626 besteht, inwiefern Algorithmen unser Leben bestimmen. Wir fordern daher mehr  
627 Transparenz und die Einhaltung von Open-Source-Standards bei Algorithmen.  
628 Zusätzlich fordern wir eine Transparenzpflicht für Algorithmen, die mit  
629 personenbezogenen Daten arbeiten.

630 Bei all den positiven Einsatzmöglichkeiten von Big Data Methoden muss allerdings  
631 auch die Gefahren wie etwa durch Persuasive Computing beachtet werden. Dabei  
632 werden Big Data Methoden mit psychologischen Effekten verbunden, womit das  
633 Beurteilungs- und Entscheidungsverhalten von Menschen bestimmend beeinflusst  
634 werden kann. Anstatt jedoch Persuasive Computing verbieten, wollen wir die  
635 Digitale Kompetenz stärken und darüber aufklären, wie solche Methoden  
636 funktionieren und die Bürger\*innen dazu befähigen, sie zu erkennen.

637 Von der Digitalisierung können wir nur profitieren, wenn wir auf sie vorbereitet  
638 sind. Deshalb ist die Förderung der Kompetenz für die digitalen Medien  
639 essentiell - sie hilft uns, souverän im Zeitalter des Internets zu bleiben und  
640 die Kontrolle nicht zu verlieren. In den Schulen müssen die Schüler\*innen  
641 deshalb stärker über die digitalen Medien aufgeklärt werden und klar gemacht  
642 werden, weswegen der Datenschutz so wichtig ist.

643 Nur so ist es möglich, Technik als Chance zu begreifen. In den  
644 gesellschaftlichen Umbrüchen und Lernprozessen rund um die Digitalisierung wird  
645 es immer wieder zu Fehler oder zu Problemen kommen. Es ist jedoch falsch, sie  
646 deshalb zu verbieten oder Technologien zu verteufeln. Ein respektvoller und  
647 kritischer Umgang mit der Digitalisierung ist notwendig - Angst jedoch hemmt den  
648 Fortschritt, den wir als Gesellschaft brauchen und der sich uns durch die  
649 Digitalisierung bietet.

### **Begründung**

Mündlich.

Zur Überwachung, der Antrag vom 47. Bundeskongress: <https://bv.antrag.gruene-jugend.de/buko47/motion/228>

## **L3 BESCHLUSS Die G20 - Nur der Gipfel des Eisbergs**

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Hamburg  
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

650 Im Jahr 2017 findet der G20-Gipfel in Deutschland statt. Auf Beschluss der  
651 Bundesregierung wurde als Tagungsort Hamburg festgelegt, wo die Staats- und  
652 Regierungschef\*innen der Mitgliedsländer am 7. und 8. Juli zusammenkommen werden  
653 - begleitet von insgesamt einigen Tausend Diplomat\*innen, Reporter\*innen und  
654 Lobbyist\*innen.

### 655 **Wer ist "Gruppe der 20"?**

656 1999 wurde der G20-Gipfel erstmals initiiert, welcher anfangs allerdings nur für  
657 Finanzminister\*innen und Zentralbankler\*innen gedacht war. Anlass für die  
658 Gründung war die Finanzkrise 1997/98 in den ostasiatischen "Tigerstaaten" und  
659 der Versuch, deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu begrenzen und die  
660 Finanzmärkte insgesamt zu stabilisieren. Dazu riefen die Finanzminister\*innen  
661 der G7 die Gruppe der 20 ins Leben: Stimmberechtigte Mitglieder sind  
662 Argentinien, Australien, Brasilien, Deutschland, China, Frankreich, Indien,  
663 Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Südkorea, Russland, Saudi-Arabien,  
664 Südafrika, die Türkei, das Vereinigte Königreich, die USA und die EU. Teils sind  
665 diese Staaten gemäß ihrer wirtschaftlichen Stärke ausgewählt worden, teils aber  
666 auch willkürlich.

667 Als 2007 die nächste Finanzkrise ausbrach, wurde das Gremium erheblich  
668 aufgewertet - die Gipfelgespräche wurden um eine *Heads of State/Heads of*  
669 *Government*-Gesprächsrunde ergänzt. Seit 2010 wurden auch die Gipfelagenden immer  
670 umfangreicher. Mittlerweile haben Klima-, Entwicklung-, Energie-, Ernährungs-,  
671 Gesundheits- und Sozialpolitik als eigenständige Themenkomplexe inklusive  
672 eigenständiger Fachgipfel der jeweiligen Ressortminister\*innen Einzug in die  
673 Gipfelgespräche gehalten.

674 Das Land Spanien hat ständigen Gaststatus und kann somit den Beratungen ohne  
675 Stimmrecht beiwohnen. Zusätzlich nehmen die jeweiligen Chef\*innen der Vereinten  
676 Nationen (UN), der Weltbank, des internationalen Währungsfonds (IWF), der  
677 Welthandelsorganisation (WTO), der Organisation für wirtschaftliche  
678 Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationalen  
679 Arbeitsorganisation (ILO) teil. Außerdem werden die Vorsitzenden der  
680 Afrikanischen Union (AU), des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und

681 der New Partnership for Africa's Development (NEPAD) eingeladen. Seit der  
682 Gründung trifft sich die Runde der G20 jährlich in einem der Mitgliedsstaaten.

683 Neben den staatlichen G20-Gipfeltreffen der Regierungsvertreter\*innen und der  
684 Ressort-Minister\*innen gibt es eine ganze Reihe an Gipfelveranstaltungen, bei  
685 denen die sogenannten Beteiligungsgruppen (engagement groups) zusammenkommen.

686 Seit 2008 wurden folgende Gruppen eingerichtet:

- 687 • Business 20 (B20) - Wirtschaftsvertreter\*innen
- 688 • Thinktank 20 (T20) - ThinkTanks
- 689 • Labour 20 (L20) - Arbeitnehmer\*innenverbände
- 690 • Civil Society 20 (C20) - Nicht-Regierungsorganisationen
- 691 • Youth 20 (Y20) - Vertreter\*innen von jungen Menschen
- 692 • Women 20 (W20) - Frauenrechtsvertreter\*innen
- 693 • Science 20 (S20) - Wissenschaftsvertreter\*innen

694 Diese Beteiligungsgruppen entsenden Berichterstatter\*innen, Sherpas genannt, die  
695 sich mit Vertreter\*innen der G20 beraten, um ihre Empfehlungen in  
696 Regierungskreise zu tragen. Außerdem werden auch Beteiligungsgruppen-Gipfel  
697 (Dialogforen, bspw.: Y20-Gipfel) veranstaltet, um die Arbeit medien- und  
698 öffentlichkeitswirksamer zu inszenieren. In diesem Jahr finden diese Treffen von  
699 März bis Juni statt und werden von Angela Merkel besucht.

### 700 **Hamburg Calling - Die Auswirkungen vor Ort**

701 Als Tagungsort innerhalb Hamburgs werden die zentral in der Innenstadt liegenden  
702 Messehallen dienen. Die Sicherheitsmaßnahmen werden also große Teile der  
703 Innenstadt betreffen. Bereits zum Treffen der OSZE im Dezember 2016  
704 (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurde der ehemalige  
705 Frauenvollzug auf der Elbinsel Hahnöfersand zu einer Untersuchungshaftanstalt  
706 umgebaut. Dies geschah aufgrund der Annahme, dass während des G20-Gipfels sehr  
707 viele Demonstrant\*innen inhaftiert werden. Auch sollen ungefähr 15.000  
708 Polizist\*innen während des G20-Gipfels in Hamburg für Sicherheit sorgen. Das  
709 Sicherheitskonzept und die weiteren staatlichen Ausgaben werden mehrere Hundert  
710 Millionen Euro kosten. Der G20-Gipfel in Kanada im Jahr 2010 kostete im  
711 Vergleich umgerechnet 870 Millionen Euro und gilt damit als bislang teuerste

712 G20-Konferenz. Das entspricht etwa den Kosten für den Bau der Elbphilharmonie  
713 oder dem Dreifachen der Gesamtausgaben für die Unterstützung von Geflüchteten im  
714 Jahr 2016 in Hamburg.

715 Für das OSZE-Treffen war zunächst angedacht, die Bahnstrecke vom Hamburger  
716 Hauptbahnhof über Hamburg-Dammtor und vorbei an den Messehallen bis nach  
717 Hamburg-Altona zu sperren. Dies konnte durch den Protest der Deutschen Bahn  
718 abgewendet werden, welche von der Stadt Hamburg eine Entschädigung für die zu  
719 erwartenden Verluste einforderte. Es ist nicht absehbar, dass dies für den G20-  
720 Gipfel erneut gelingt. Im Falle einer Sperrung wäre der Zugverkehr weit über  
721 Hamburg hinaus betroffen. Unabhängig davon werden voraussichtlich Straßen  
722 gesperrt und etliche Haltestellen von Bussen sowie S- und U-Bahnen nicht  
723 angefahren. Ein ersatzweises Verkehrskonzept, dass die Innenstadt vor dem  
724 möglichen Kollaps bewahrt, gibt es bislang nicht.

725 Zu den Protesten gegen den G20-Gipfel werden Zehntausende bis Hunderttausende  
726 Menschen aus Deutschland und der Welt erwartet. Eine Woche vor dem Gipfel findet  
727 am 2. Juli die G20-Protestwelle mit Protestmarsch, Bootsdemo und Bannermeer  
728 statt. Als inhaltlicher Gegenpol zum exklusiven G20-Gipfel findet am 5. und 6.  
729 Juli der "Gipfel für globale Solidarität" statt. Während des Gipfels wird es  
730 eine von der GRÜNEN JUGEND unterstützte Aktion geben, um auf den Klimawandel und  
731 die Verantwortung der G20-Mitglieder aufmerksam zu machen. Am 8. Juli findet  
732 dann eine große Demonstration statt, die von etlichen zivilgesellschaftlichen  
733 Organisationen unterstützt wird.

734 **Kollidierender Änderungsantrag: [L3-688](#)**

735 Aufgrund der Versammlung von Autokraten und solchen, die es noch werden wollen  
736 (Trump, Erdogan, Putin), sind viele Menschen gewillt, ihnen zu zeigen, dass sie  
737 nicht willkommen sind. Während des Gipfels wird es also Proteste geben, die  
738 massiven Unmut ausdrücken. Diese werden wahrscheinlich nicht nur friedlich  
739 verlaufen. Schon jetzt wird dies als Anlass genommen das Recht auf  
740 Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Für uns gilt: Diese  
741 Rechte dürfen nicht eingeschränkt werden!

742 Die Festlegung auf den Tagungsort der Gipfelgespräche ist alles andere als  
743 demokratisch abgelaufen. Die Bundesregierung hat sich mit Olaf Scholz (SPD),  
744 Hamburgs Erstem Bürgermeister, auf die Hafenstadt festgelegt, ohne dass  
745 beispielsweise das Landesparlament an dieser Entscheidung beteiligt wurde.

746 Unsere Kritik an dem G20-Gipfel beschränkt sich jedoch nicht allein auf die  
747 Auswirkungen in Hamburg. Es ist gewiss keine ausreichende Lösung, den Gipfel in  
748 weniger dicht besiedeltem Gebiet abzuhalten. Dies lässt die grundlegende Kritik  
749 am mächtigsten informellen Gremium der Welt unangetastet.

### 750 **Dürfen die das? - Legitimität, Transparenz und Partizipation**

751 Zwei Drittel der Weltbevölkerung befinden sich in den Mitgliedsstaaten, 90% des  
752 Bruttoweltprodukts werden in diesen Ländern erwirtschaftet und 80% des  
753 Welthandels findet innerhalb oder zwischen ihnen statt. Das weltpolitische  
754 Gewicht dieses informellen Forums ist enorm, dennoch sind bei G20 nur 19 von 193  
755 (mit EU: 44 von 193) Staaten repräsentiert. Zusammen sind dies nur ein Zehntel  
756 beziehungsweise ein Viertel der Staaten weltweit.

757 Dieses Ungleichgewicht der Repräsentation wird dadurch verschärft, dass mit der  
758 EU ein Großteil Europas vertreten ist und die EU auch regelmäßig einen  
759 signifikanten Einfluss auf die Ergebnisse hat, während der gesamte Kontinent  
760 Afrika lediglich durch das bei Weitem nicht repräsentative Südafrika  
761 stimmberechtigt vertreten ist. Dies ist angesichts des großen  
762 Bevölkerungsanteils Afrikas an der Weltbevölkerung von über 16% höchst  
763 problematisch. So werden die bestehenden Machtstrukturen manifestiert, was die  
764 historische Benachteiligung Afrikas zementiert, statt sie aufzulösen.

765 Die G20 sind ein informelles Gremium, das weder demokratisch noch  
766 völkerrechtlich legitimiert ist. Die Beschlüsse des Gipfels sind für die  
767 Mitgliedsstaaten nicht verbindlich. Dennoch bleiben sie nicht ohne Wirkung und  
768 haben mittelbar Einfluss auf die Vereinten Nationen (UN). Dies unterhöhlt deren  
769 völkerrechtlich und pluralistisch legitimierte Strukturen und widerspricht dem  
770 in der UN-Charta reklamierten Anspruch, „ein Mittelpunkt zu sein, in dem die  
771 Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele aufeinander  
772 abgestimmt werden.“

773 Der transparente, demokratische Prozess der UN wird torpediert und ein Großteil  
774 der Staaten dieser Welt wird nicht an Entscheidungen beteiligt, die auch sie  
775 betreffen. Die G20-Mitglieder besitzen die Mehrheit im Führungsgremium des  
776 Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank ist es ebenso: Durch  
777 die gewichteten Stimmen können dort die von den G20 verabredeten Leitlinien  
778 ihrer Politik durchgesetzt werden. Diese insbesondere durch die G20 zementierten  
779 Machtungleichgewichte führen real zu Ausbeutung, zum Beispiel mithilfe der  
780 euphemistisch als "Freihandelsabkommen" bezeichneten Verträgen zwischen der EU  
781 und verschiedenen Staaten Afrikas, die die dortigen Märkte zerstören und die  
782 Macht korrupter Eliten festigen.

783 Von den Sitzungen der G20 gibt es keine öffentlichen Protokolle und der  
784 interessierten Öffentlichkeit ist der Zugang zu den Gesprächsrunden verwehrt. So  
785 wird Weltpolitik in Hinterzimmern gemacht.

786 Den Anschein von Partizipationsmöglichkeiten versuchen die G20 dabei zu wahren,  
787 indem sie die sogenannten "engagement Groups" institutionalisiert haben.  
788 Letztendlich werden hierbei aber legitime Interessen aus der Gesamtgesellschaft,

789 artikuliert zum Beispiel von Civil20, Women20 oder Labour20, mit  
790 wirtschaftslobbyistischen Partikularinteressen (Thinktank20 und Business20)  
791 gleichgesetzt. Außerdem haben die Gruppen rein beratende Funktion und müssen  
792 sich selbst finanzieren. Auch das begünstigt die Durchsetzung von kapitalstarken  
793 Interessen auf Kosten anderer. Zugleich kritisieren wir den intransparenten  
794 Charakter der Engagement-Groups: Nicht alle können partizipieren.

795 Die eingeladenen Vertreter\*innen der regionalen Organisationen wie der  
796 Afrikanischen Union reichen zudem keineswegs aus, um deren Weltregionen  
797 angemessen zu beteiligen. Die Vereinten Nationen (UN) bieten aber diese  
798 Möglichkeit: Die UN-Charta garantiert im Gegensatz zu den G20 die  
799 Gleichberechtigung und Partizipationsrechte aller Staaten.

### 800 **Politik der G20: Was bisher geschah...**

801 Die Politik der meisten G20-Mitgliedsstaaten ist neoliberal, das heißt:  
802 Konkurrenz und Egoismus werden vom ökonomischen Grundprinzip des Kapitalismus  
803 zum zentralen Element der Politik und Gesellschaft erhoben. Das sorgt für einen  
804 Kahlschlag in den Sozialsystemen und bedeutet eine wachsende Ungleichheit.  
805 Menschen werden zu Kostenfaktoren reduziert, die Demokratie und Umwelt werden  
806 dem Markt untergeordnet, die natürlichen Lebensgrundlagen werden zerstört und  
807 durch Waffenexporte wird die Entstehung von Kriegen begünstigt. Die Erweiterung  
808 von den ökonomisch mächtigsten Ländern der Welt ("G7") mit Schwellenländern zu  
809 den G20 korrigiert diese Politik nicht etwa, sondern vertieft und verfestigt sie  
810 weltweit.

811 Weitere Beispiele dieser Politik sind die Austeritätspolitik (zwanghafte  
812 Sparpolitik) in der EU, das Roden von Regenwäldern in Brasilien, die knallharte  
813 Liberalisierung der Arbeitsmärkte durch die Agenda 2010 in Deutschland und die  
814 Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur wie der Eisenbahn in  
815 Großbritannien.

816 Auch die Aufnahme von Themen wie Klimapolitik in die Agenden der G20 täuscht  
817 nicht über deren effektive Politik hinweg. Seit zehn Jahren treffen sich die  
818 Staatsoberhäupter zu den jährlichen G20-Gipfeln. Genug Zeit also, um mit der  
819 geballten Finanzkraft der Länder den Klimawandel spürbar zu bekämpfen. Doch erst  
820 2015 konnte man sich auf ein gemeinsames, ehrgeiziges Klimaabkommen in Paris  
821 einigen - und das im Rahmen der UN, nicht der G20. Zwei Jahre danach lösen die  
822 USA defacto ihre Umweltbehörde auf und Putin verkündet, dass der Klimawandel  
823 nicht menschengemacht sei. Deutschlands Klimaplan bleibt weit hinter der  
824 notwendigen Ambition zurück und der Preis für Europäische Emissionszertifikate  
825 suggeriert seit Jahren, die Folgekosten einer Tonne CO2 lägen unter zehn Euro.

826 Die G20 sollen sich ebenfalls mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen,  
827 insbesondere für Frauen beschäftigen. Gleichzeitig dürfen Frauen im G20-



828 Mitgliedsland Saudi-Arabien nicht einmal Auto fahren. So verwundert es nicht,  
829 dass Saudi-Arabien sich nicht in der Beteiligungsgruppe W20 engagiert. Diese  
830 kann zwar Empfehlungen ausarbeiten und versuchen Einfluss zu nehmen auf die  
831 Entscheidungen der G20, letztendlich ist sie wie alle anderen Gruppen aber ein  
832 zahnloser Tiger. In Deutschland ist die Situation zwar um Lichtjahre besser als  
833 in Saudi-Arabien, aber auch hierzulande bestehen beispielsweise noch erhebliche  
834 Einkommensunterschiede bei gleicher und auch gleichwertiger Arbeit zwischen den  
835 Geschlechtern. Anders als in anderen G20-Mitgliedsstaaten ist in Deutschland  
836 seit 2005 eine Frau an der Spitze der Regierung (ganze 12 Jahre), die sich die  
837 ganze Zeit in den G20, aber auch in der Bundespolitik, für eine echte  
838 Gleichberechtigung hätte einsetzen können. Die Beschäftigung mit dem Thema ist  
839 somit ein weiteres Mal nur eine Werbemaßnahme und ändert nichts an der Substanz.

840 Entwicklungszusammenarbeit ist ein weiteres Thema der G20. Als zentral werden  
841 dafür ein Abbau des Protektionismus und ein Ausbau des freien Handels gesehen.  
842 Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Unfaire Handelsabkommen, von denen  
843 alleine die EU etliche mit afrikanischen Staaten abgeschlossen hat, hindern  
844 viele Staaten des Globalen Südens an wirtschaftlichem Fortschritt. Auch der  
845 Krieg von Saudi-Arabien gegen den Jemen, die Bekämpfung der Kurden in der Türkei  
846 und der Drohnenkrieg unter anderem in Afghanistan helfen einzig den  
847 Rüstungskonzernen in den G20-Staaten und sind genau das Gegenteil von einer  
848 globalen Gerechtigkeitspolitik, wie die GRÜNE JUGEND sie schon lange fordert.

849 Die Politik der G20-Mitgliedsstaaten entspricht also in vielen Punkten nicht dem  
850 Werbeprospekt, mit dem die Bevölkerungen der den Gipfel austragenden Städte und  
851 Länder beschwichtigt werden sollen.

### 852 **Globale Demokratie statt Club der Reichen**

853 Wir wollen friedliche weltweite Beziehungen, sozialen Fortschritt, Bildung,  
854 Kultur und Gesundheit sowie eine nachhaltige Wirtschaftsweise und Entwicklung.  
855 Dafür engagieren wir uns vielfältig: Für den Stopp und die Rücknahme von  
856 Privatisierungen, gegen teure Inszenierungen von Glanz und Gloria, für echte  
857 Demokratie, für die Erneuerung von Sozialstaatlichkeit und für den Erhalt der  
858 Erde als Grundlage allen Lebens.

859 Ein Großteil dieser Themen muss global behandelt werden, die G20 sind dafür aber  
860 nicht die Lösung! Stattdessen sollten die Vereinten Nationen gestärkt und weiter  
861 demokratisiert werden. Eine global legitimierte politische Vertretung ist nötig,  
862 um den ruinösen Wettbewerb der Staaten, der dem Kapital die besten  
863 Vermehrungsmöglichkeiten gibt, zu beenden und zurückzudrehen. Echte soziale  
864 Verbesserungen auf nationaler Ebene führen zu einem Verlust an sogenannter  
865 "Wettbewerbsfähigkeit" und in die "Krise", wie zum Beispiel die  
866 Spitzensteuersatzerhöhung in Frankreich oder der anfängliche Widerstand der  
867 Syriza-Regierung gegen noch mehr Austerität (Politik der Sparsamkeit).

868 Gleichzeitig blühen Steueroasen, Schwarzgeldhäfen, Bankenparadiese und  
869 Ausbeutungsstandorte auf Kosten anderer wirtschaftlich regelrecht auf. Die  
870 reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung besitzen etwa 85 Prozent des  
871 weltweiten Vermögens. Diese massive Vermögenskonzentration, welche ein Hindernis  
872 für eine die gerechte und friedliche Entwicklung der Welt ist, kann nur global  
873 bekämpft werden. Nationale Alleingänge verschaffen bestenfalls zeitweise  
874 Linderung. Denn im Falle von beispielsweise Vermögenssteuern können die  
875 betroffenen Personen ihr Vermögen schlichtweg aus dem Land bringen und entgehen  
876 dadurch der Besteuerung.

877 Im Rahmen der Vereinten Nationen sollte ein Gremium geschaffen werden, welches  
878 die Umsetzung der international vereinbarten Entwicklungsziele (Sustainable  
879 Development Goals, SDGs; einschließlich der Milleniums-Entwicklungsziele)  
880 überprüft und auf deren Umsetzung hinwirkt. Zur Realisierung der verschiedenen  
881 entwicklungspolitischen Ziele sollten die Trends in der internationalen  
882 Entwicklungspolitik analysiert und die Effizienz der internationalen  
883 Institutionen überprüft werden. Hierzu gehört insbesondere, dass für die  
884 internationale Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik Leitlinien formuliert  
885 werden, die dann verpflichtend für den Internationalen Währungsfond (IWF), die  
886 Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) sind. Eine Aufwertung und  
887 Demokratisierung der UN ist notwendig und dringend geboten. Wenn die G20 hierbei  
888 das Engagement zeigen würden, das sie stattdessen zur Aufrechterhaltung ihrer  
889 Oligarchie-ähnlichen Stellung innerhalb der Staatengemeinschaft verwenden, wäre  
890 bereits unglaublich viel erreicht.

#### 891 **Unsere Forderungen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg**

892  
893 Die G20 sind eine Gruppe, in der sich Macht konzentriert - sowohl wirtschaftlich  
894 als auch politisch. Als ein exklusiver Kreis treffen sie Vereinbarungen großer  
895 Tragweite. Und letztlich machen sie die Welt nicht wirklich besser: In ihrer  
896 Exklusivität schließen sie alle anderen Staaten aus. Als ein undemokratisches  
897 Gremium sorgen sie daher vor allem für eines: Die Zementierung Globaler  
898 Ungerechtigkeiten. Die G20 sind ein Symbol des globalen Kapitalismus mit all  
899 seinen Konsequenzen.

900 Aus diesen Punkten folgt für uns, dass wir die G20 als Institution, den  
901 wesentlich von ihr weltweit vorangetriebenen Neoliberalismus und die absurde und  
902 antidemokratische Inszenierung und Durchsetzung ihrer Gipfel, ablehnen.  
903 Stattdessen fordern wir eine Stärkung und weitere Demokratisierung der UN. Wir  
904 wollen während des Gipfels und darüber hinaus lautstark Kritik üben, uns für  
905 dessen Absage engagieren und den Mythos der Notwendigkeit der G20 zur  
906 internationalen Abstimmung dekonstruieren. Außerdem fordern wir Bündnis 90/DIE  
907 GRÜNEN auf, sich unserer Kritik an G20 anzuschließen, statt der G20 mit  
908 unwesentlicher Kritik Legitimation zu verleihen.

909 Ferner fordern wir von der Bundesregierung und der Hamburger Landesregierung,  
910 dass die Grundrechte im Gipfelzeitraum gewahrt bleiben. Beispielsweise der  
911 Einsatz von Pfefferspray von Polizist\*innen gegen friedliche und sitzende  
912 Demonstrant\*innen ist vollkommen inakzeptabel. Demonstrationen gehören für uns  
913 zu einer lebhaften Demokratie denen ein angemessener Raum und Schutz zur  
914 Verfügung stehen muss. Wir erteilen der "Law & Order"-Rhetorik, welche auch in  
915 Verbindung mit G20 geäußert wird, eine klare Absage und fordern Bündnis 90/DIE  
916 GRÜNEN auf, dies ebenfalls zu tun.

### **Begründung**

Der G20 Gipfel in Hamburg naht und eine Bundesbeschlusslage hierzu fehlt noch. Voilà. Zeit das zu ändern.

## **L4-Beschluss Partizipa(k)tion - Für mehr Selbst- und Mitbestimmung junger Menschen!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 22.04.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

917 Demokratie und Mitbestimmung sind Aspekte eines selbstbestimmten Lebens, das  
918 allen zusteht. Um Selbstbestimmung zu ermöglichen, muss Partizipation an der  
919 Gestaltung des Zusammenlebens sichergestellt sein. Junge Menschen werden jedoch  
920 strukturell davon ausgeschlossen und die Gestaltung ihres Lebens ist zu einem  
921 großen Teil fremdbestimmt - sei es in Schule zuhause oder bei politischer  
922 Mitbestimmung . Ihnen wird ständig die Fähigkeit abgesprochen, für sich selber  
923 zu sprechen. Ihre Erfahrungen und Meinungen werden abgewertet und ignoriert.

924 Wer wirklich etwas für die Interessen junger Menschen tun will, muss ihnen auch  
925 das Recht geben, zu entscheiden, an was und wo sie sich beteiligen wollen. Viele  
926 junge Menschen wollen sich engagieren, wenn sie die Möglichkeit haben und wenn  
927 sie sehen, dass ihre Beteiligung etwas bewirkt. Leider sind die Möglichkeiten  
928 für Beteiligung und Selbstbestimmung sehr unübersichtlich, gerade für Menschen  
929 mit noch wenig politischer Erfahrung. So gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher  
930 Maßnahmen, Akteur\*innen und Organisationen, die oftmals unkoordiniert  
931 nebeneinander stehen. Hinzu kommt, dass junge Menschen in die gesetzgeberischen  
932 Prozesse nicht eingedacht werden, wodurch es große Hürden mit sich bringt sich  
933 einzubringen und sich ihre Lebensrealität in den Ergebnissen nicht widerspiegelt  
934 .

935 Junge Menschen zu beteiligen bedeutet, sie dazu zu befähigen und ihnen zu  
936 ermöglichen, in Gremien mitzubestimmen, die im Regelfall von sehr viel älteren  
937 Menschen dominiert werden.

938 Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich in bereits bestehenden  
939 und neu zu schaffenden demokratischen Prozessen einzubringen, aber auch als  
940 Einzelperson viel zu erreichen. Doch das ist nur ein erster Schritt. Er  
941 gewährleistet, dass die Stimmen junger Menschen eher Eingang in die Debatte  
942 finden.

943 Grundsätzlich spielt sic eine Demokratie in einer Gesellschaft, die auf  
944 Herrschaft basiert, in begrenzten Räumen ab. Unser Ziel ist es, diese zu

945 erweitern.

### 946 **Beteiligung in der Bildung**

947 Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es mündige Bürger\*innen. Es wird  
948 jedoch wenig daran gesetzt, junge Menschen zu solchen zu erziehen. Stattdessen  
949 wird in der politischen Bildung an einem rein formalen Begriff von Partizipation  
950 festgehalten und es bleibt bei einem Informieren über Abläufe und der  
951 Aufforderung zur Einbringung in Entscheidungsprozesse stehen. Die Menschen  
952 sollen dazu befähigt werden, aus vorgegebenen Alternativen zu wählen. Ein  
953 Einbringen in die Inhalte der Entscheidungen ist damit jedoch bei weitem nicht  
954 gegeben.

955 Das Fehlen eines inhaltlichen Partizipationsbegriff steht einer echten  
956 Mitbestimmung entgegen. Hier grenzt sich der Begriff der kritischen politischen  
957 Bildung von dem der politischen Bildung ab. Ziel von kritischer politischer  
958 Bildung ist es, Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Das bedeutet, ihnen zu  
959 ermöglichen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu hinterfragen und  
960 die Befähigung zur Reflektion der eigenen Meinung und des eigenen Wertekanons,  
961 der zu dieser Meinung führt. Dadurch wird ermöglicht, dass junge Menschen eine  
962 fundierte Meinung über ihre Interessen und derer ihrer Mitmenschen entwickeln  
963 und einfordern. Kritische politische Bildung bedeutet in ihrer Konsequenz, dass  
964 junge Menschen Möglichkeiten praktischer Beteiligung selber ergreifen.

965 Nicht nur spielt Partizipation momentan in Schulen eine zu geringe Rolle,  
966 sondern es wird weiterhin an einem hierarchischen Verhältnis von Schüler\*in und  
967 Lehrer\*in festgehalten. Schüler\*innen sollen auswendiglernen, aber nicht  
968 hinterfragen oder mitgestalten. Schulalltag ist jedoch politisch. Eine kritische  
969 politische Bildung muss dies beachten. Herrschaftsverhältnisse in pädagogischen  
970 Einrichtungen müssen thematisiert werden. Unterricht muss als gemeinsames Lernen  
971 begriffen werden, in dem die\*der einzelne Schüler\*in gefragt ist. Schüler\*innen  
972 sind keine anonyme Masse, die Informationen abspeichern soll! Schule muss von  
973 allen die dort lernen, lehren, arbeiten und sind als gemeinsamer Raum verstanden  
974 werden und gemeinsam gestaltet werden.

975 Ein erster Schritt, um eine umfassende und reflektierte Partizipation zu  
976 ermöglichen, ist eine entsprechende Schulung von Pädagog\*innen. In den  
977 Universitäten wird jedoch kaum Wert auf einen kritischen politischen  
978 Bildungsbegriff gelegt und auch die Lehrpläne sehen ein einseitiges Machtgefälle  
979 vor. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Lehrpläne für Schulen als auch  
980 für Universitäten anzupassen und die Konzepte kritischer politischer Bildung  
981 darin nicht nur für den Politikunterricht, sondern für Unterrichtsgestaltung  
982 insgesamt zu verankern.

983 Neben dem Bemächtigen von Schüler\*innen zur Teilhabe muss es klare Strukturen

984 geben, durch die sich eingebracht werden kann.

985 Klassensprecher\*innen und Schüler\*innenvertretungen sind ein erster Schritt, der  
986 jedoch häufig von Lehrer\*innen und der Schulleitung als störend empfunden und  
987 teilweise sogar behindert wird. Dabei muss klar sein, dass eine Schule ohne die  
988 Einbeziehung der Interessen von Schüler\*innen kein Raum für Schüler\*innen sein  
989 kann. Daher muss an allen Schulen die Möglichkeit bestehen, sich in einer  
990 Schüler\*innenvertretung zu engagieren, sie zu wählen und die eigenen Anliegen  
991 dort einzubringen.

992 Dieser Vertretung muss je nach Schulform eine unterschiedliche Rolle zukommen,  
993 da die pädagogische Betreuung an Grundschulen eine andere sein muss als an  
994 Berufsschulen. Trotzdem muss jeder Vertretung nicht nur Mitspracherecht gewährt  
995 werden, sondern ihr Platz in der Gestaltung des Schulalltags als  
996 Selbstverständlichkeit bestehen.

997 Das allgemeinpolitische Mandat von SVen muss anerkannt werden.

998 Einbringen muss zu Mitgestaltung führen und darf nicht als Frust- und  
999 Stressfaktor im Kampf zwischen Schüler\*innen und Lehrer\*innen für schlechte  
1000 Noten sorgen. Ähnlich einer Drittelparität an Universitäten muss auch ein  
1001 paritätisches Konzept für die verschiedenen Schulformen gelten, bei dem alle  
1002 Statusgruppen, das heißt, alle Menschen die am Schulalltag beteiligt sind,  
1003 entsprechend eingebunden werden.

1004 Gleiches gilt für die Gestaltung von Lehrplänen und Unterrichtsmethoden: Auch  
1005 hier müssen alle die es betrifft eingebunden werden, also vor allem auch  
1006 Schüler\*innen selbst! Dafür sind Landesschüler\*innenvertretungen nötig, die  
1007 jedoch noch von einzelnen Schulen abgelöst sein dürfen, sondern auf die jede\*r  
1008 Schüler\*in Einfluss haben muss. Um Schüler\*innenvertretungen auf allen Ebenen  
1009 sicherstellen zu können, muss es eine dem Alter und der Struktur angemessene  
1010 pädagogische Betreuung gewährleisten sein.

1011 Zur Mitbestimmung einer Schule gehört auch die unabhängige und eigenständige  
1012 Gestaltung einer Schüler\*innenzeitung. Für dieses Recht machen wir uns stark.

### 1013 **Für mehr Beteiligung in Parlamenten**

1014 Die Partizipation von jungen Menschen darf sich nicht allein auf die  
1015 institutionelle Ebene begrenzen, doch Verbesserungen in diesem Bereich sind ein  
1016 essentieller Schritt für mehr Mitbestimmung. Das umfasst sowohl die Erweiterung  
1017 der Rechte und Kompetenzen von Vertretungsorganen, die stärkere Berücksichtigung  
1018 der Interessen von Kindern und Jugendlichen in parlamentarischen Prozessen, als  
1019 auch die einfachere Beteiligung von jungen Menschen bei Wahlen.

## 1020 - Kinder- und Jugendräte stärken

1021 Wir wollen nicht, dass über die Köpfe von jungen Menschen hinweg entschieden  
1022 wird. Stattdessen machen wir uns dafür stark, dass Jugendliche und Kinder  
1023 mitreden können, wenn sie betroffen sind. Besondere Relevanz hat dabei die  
1024 kommunale Ebene. Wir fordern deshalb eine Reform der Gemeindeordnung in allen  
1025 Bundesländern nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, wo vorgesehen ist, dass  
1026 Kommunen sicherstellen müssen, dass junge Menschen in alle Prozesse, die sie  
1027 betreffen, mit einbezogen werden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Kinder-  
1028 und Jugendräte ein. Diese bieten die Möglichkeit, dass junge Menschen ihre  
1029 Lebensrealität und Erfahrungen einbringen können. Noch immer sind solche Räte  
1030 jedoch nicht flächendeckend existent und diese Möglichkeit steht somit nicht  
1031 allen jungen Menschen offen. Deshalb fordern wir die Festschreibung von  
1032 Repräsentationsorganen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene, wobei  
1033 insbesondere die Legitimationsverfahren und Rechte dieser Organe konkretisiert  
1034 und vereinheitlicht werden müssen. Wir sehen dabei grundsätzlich ein  
1035 repräsentatives System vor, bei dem neben einer bestimmten Altersgrenze keine  
1036 weiteren Zugangsrestriktionen bestehen. Das bedeutet, dass alle jungen Menschen,  
1037 die an einem bestimmten Ort wohnen, sich auch unabhängig von ihrer  
1038 Staatsangehörigkeit an diesen Wahlen beteiligen können. Dieses repräsentative  
1039 System soll punktuell um Mittel der direkten Demokratie ergänzt werden. Die  
1040 Arbeit dieser Repräsentationsorgane muss auch ernst genommen und berücksichtigt  
1041 werden. Denn sie sollen nicht zur Scheinpartizipation verkommen. Deshalb setzen  
1042 wir uns für ein Rede- und Antragsrecht aller Kinder- und Jugendräte in den  
1043 äquivalenten Parlamenten ein. In den für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten  
1044 Ausschüssen soll ihnen außerdem das Stimmrecht eingeräumt werden. Außerdem muss  
1045 durch Transparenz und einen ausreichenden Informationsfluss sichergestellt  
1046 werden, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendräte überhaupt möglich ist.  
1047 Darüber hinaus setzen wir uns für die Etablierung eines Repräsentativorgans im  
1048 Sinne der Kinder- und Jugendräte auf Landesebene ein, das sich aus gewählten  
1049 Vertreter\*innen der kommunalen Ebene zusammensetzt.

## 1050 - Kinder und Jugendliche mitdenken

1051 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen auch dort mit bedacht werden,  
1052 wo sie nicht direkt beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle  
1053 Länder und der Bund ein kinder- und jugendpolitisches Programm festlegen.  
1054 Dadurch werden die jeweiligen Regierungen verpflichtet, konkrete Ziele  
1055 festzulegen und der Druck, diese auch tatsächlich durchzuführen, wird erhöht.  
1056 Außerdem fordern wir auf Landesebene die Einführung des Postens einer\*eines  
1057 Kinder- und Jugendbeauftragten. Diese\*r hätte die Möglichkeit, eigene Projekte  
1058 zur Förderung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen und Missstände  
1059 festzustellen und zu beheben, wodurch sich die Qualität der Kinder- und  
1060 Jugendförderung langfristig verbessern würde. Außerdem machen wir uns für den  
1061 Kinder- und Jugendcheck innerhalb der Gesetzgebung stark. Das bedeutet, dass das  
1062 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Aufgabe, aber

1063 auch die Berechtigung bekommt, bundespolitische Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit  
1064 mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen. So kann sichergestellt  
1065 werden, dass die Belange und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auf der  
1066 legislativen Ebene nicht vergessen werden.

### 1067 **Jugend in die Parlamente**

1068 Wahlen stellen ein zentrales Element einer repräsentativen Demokratie dar.  
1069 Deshalb wollen wir die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von  
1070 Jugendlichen in diesem Bereich stärken – sowohl an der Wahlurne als auch auf  
1071 Wahllisten. Wir setzen uns nach wie vor für das Wahlalter 0 ein, da wir davon  
1072 überzeugt sind, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Alter das Recht auf  
1073 demokratische Mitbestimmung hat (siehe Beschluss "Demokratie ist mehr als nur  
1074 ein Kreuzchen"). Darüber hinaus unterstützen wir Projekte, die es sich zum Ziel  
1075 gesetzt haben, Erstwähler\*innen zu unterstützen. Doch wir wollen nicht nur beim  
1076 aktiven, sondern auch beim passiven Wahlrecht von jungen Menschen ansetzen. Wir  
1077 setzen uns dafür ein, dass mehr junge Menschen in Parlamente kommen und dort für  
1078 neue Perspektiven sorgen und die Interessen unserer Generation vertreten. Gerade  
1079 im Moment scheitern jedoch die meisten Parteien, auch Bündnis 90/Die Grünen, in  
1080 weiten Teilen daran, jungen Menschen diese Chance zu geben. Dadurch werden eine  
1081 sinnvolle Erneuerung und eine notwendige Wissensweitergabe verhindert. Deshalb  
1082 kämpfen wir für die Einführung einer Neuenquote von 33% bei allen Landeslisten!

### 1083 **Beteiligung braucht Ermöglichung**

1084 Wenn wir Beteiligung junger Menschen ermöglichen wollen, dann braucht es dazu  
1085 die entsprechenden Rahmenbedingungen. In einem kapitalistischen System bedeutet  
1086 dies auch ihnen Zugang zu den dafür benötigten Ressourcen zu ermöglichen.

1087 Maßnahmen für die Beteiligung von jungen Menschen werden oft mit dem Argument zu  
1088 geringer Finanzmittel entweder zu Scheinpartizipation degradiert oder ganz  
1089 vermieden. Gerade Projekte auf kommunaler Ebene, wie z.B. Kinder- und  
1090 Jugendparlamente, leiden darunter. Beteiligungsstrukturen brauchen eine  
1091 abgesicherte Finanzierung. Demokratie darf keine Geldfrage sein!

1092 Beteiligung braucht Zeit. Diese muss Jugendlichen auch zur Verfügung gestellt  
1093 werden, wenn Beteiligung ermöglicht werden soll. Die Restriktionen der  
1094 kapitalistischen Leistungsgesellschaft dürfen nicht dazu führen, dass die  
1095 Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen eingeschränkt werden.

1096 Jungen Menschen muss von staatlichen Institutionen die Zeit für Beteiligung  
1097 garantiert werden. Junge Menschen dürfen durch ihr politisches Engagement z.B.  
1098 in Jugendparlamenten keinen schulischen Nachteil haben.



1099 Wirkliche Beteiligungsprozesse können nur auf Augenhöhe stattfinden! Alter und  
1100 mangelnde Erfahrung sind kein Argument. Die Große Koalition ist dabei nur eines  
1101 von vielen Beispielen, dass man eine Sache auch viele Jahre lang schlecht machen  
1102 kann.

1103 Die Beteiligung junger Menschen ist ein Feld mit vielen unterschiedlichen  
1104 Akteur\*innen und Maßnahmen. Doch oft kommunizieren diese nicht miteinander, die  
1105 Maßnahmen stehen nebeneinander und widersprechen sich teilweise sogar. Als GRÜNE  
1106 JUGEND fordern wir daher, dass sich die unterschiedlichem Akteur\*innen  
1107 hinsichtlich ihrer Maßnahmen untereinander abstimmen müssen.

1108 **Wir wollen Beteiligung!**

1109 Als GRÜNE JUGEND bekennen wir uns klar und deutlich zu Selbstbestimmung und  
1110 Mitbestimmung.

1111 Als Jugendverband einer politischen Partei sehen wir es als unsere Aufgabe, die  
1112 Interessen und Perspektiven junger Menschen in die Partei und darüber auch  
1113 hinaus in die Welt tragen.

1114 Wir sind ein Sprachrohr junger Menschen in die Politik. Es lohnt sich auf allen  
1115 Ebenen für die Teilhabe junger Menschen zu streiten. Doch das kann nur ein  
1116 erster Schritt sein: Letztlich geht es darum die Räume für die Beteiligung aller  
1117 zu erweitern. Wenn junge Menschen einbezogen und verstanden werden und ihr  
1118 Engagement reale Auswirkungen hat, dann stärkt das langfristig die Demokratie  
1119 und nimmt Wind aus den Segeln der Rechtspopulist\*innen.

1120 Die Welt ändert sich nicht von alleine. Es läuft einiges schief und das wollen  
1121 wir anpacken. Lasst uns die Welt ändern, bevor es andere tun!

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **V4-Beschluss** **Transparenz statt undurchsichtige Milchglaspolitik!**

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Hamburg

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

1146 Das fehlende Vertrauen in die politischen Parteien ist verheerend für unsere  
1147 Demokratie, denn Parteien sind in Deutschland ein zentraler Bestandteil der  
1148 Politik und bestimmen maßgeblich über die politische Ausrichtung mit.

1149 Wichtige Faktoren beim Vertrauen in das politische System sind Korruption und  
1150 mangelnde Transparenz. Dabei geht es im Falle von Korruption weniger um direkte  
1151 Tauschgeschäfte von Abstimmungen gegen Geld, die längst strafbar sind. Vielmehr  
1152 geht es um strukturelle Korruption, die sich aus der Nähe zu  
1153 Lobbyvertreter\*innen ergibt. Die 2016 bekannt gewordene Möglichkeit für Geld  
1154 Zugang zu wichtigen SPD-Politiker\*innen zu bekommen (Rent a Sozi), ist ein  
1155 Beispiel für strukturelle Korruption. Es wird nicht direkt an die  
1156 Politiker\*innen und nicht für Gegenleistungen Geld gezahlt, sondern für den  
1157 Zugang bzw. die Möglichkeit der Beeinflussung.

1158 Die Regierung kann zu Gesetzesentwürfen Anhörungen veranstalten und dort haben  
1159 dann registrierte Interessensverbände die Möglichkeit ihre Meinung kundzutun.  
1160 Das ist an sich nicht verwerflich. Problematisch wird es, wenn ganze  
1161 Textpassagen von Publikationen der Lobbyverbände unverändert übernommen werden.  
1162 Auch das ist strukturelle Korruption, da auch dies nicht durch demokratisch  
1163 legitimierte und transparente Abläufe geschieht, sondern durch Deals in  
1164 Hinterzimmern.

1165 Von daher hat die Frage der Korruption von Abgeordneten und Parteien viel mit  
1166 der Regulierung von Lobbyismus zu tun. Grundsätzlich spricht nichts gegen  
1167 Lobbyismus, also das Vertreten eines Interesses, da alle Anhänger\*innen aller  
1168 Interessen dazu die Möglichkeit haben. Problematisch wird es dann, wenn einige  
1169 Lobbygruppen Vorteile gegenüber anderen erhalten. Dies geschieht entweder direkt  
1170 durch Verschaffung von Zugang (siehe abgeschaffte Praxis von Hausausweisen für  
1171 den Bundestag durch Fraktionen) oder durch bezahlten Zugang (siehe Beispiel von  
1172 der SPD). Auf diese Weise werden finanzstarke Lobbyverbände begünstigt ihr  
1173 Interesse zu vertreten bzw. finanzschwächere Organisationen  
1174 (meistens zivilgesellschaftliche Lobbygruppen, die auf Spenden angewiesen sind)  
1175 benachteiligt. Um diese Arten von Bevorzugung zu erschweren, fordern wir ein  
1176 verpflichtendes Lobbyregister für alle Lobbygruppen, die in irgendeiner Weise  
1177 Zugang zu Politiker\*innen bekommen wollen. Des Weiteren sollte jeder gewährte

1178 Zugang zu Politiker\*innen (Hausausweise von Parlamenten, Treffen mit  
1179 Politiker\*innen) unter Nennung der beteiligten Politiker\*innen und Lobbyverbände  
1180 gemeldet und gebündelt zweimal jährlich veröffentlicht werden.

1181 Neben diesen Punkten sind auch die Nebenverdienste und -tätigkeiten von  
1182 Abgeordneten ein Thema. Grundsätzlich können Nebentätigkeiten nicht verboten  
1183 werden, das gebietet das verfassungsrechtlich verankerte freie Mandat.  
1184 Allerdings sollten die Bürger\*innen über die Nebentätigkeiten, sowie die Höhe  
1185 der Einnahmen aus selbigen informiert werden, um sich selber ein Bild machen zu  
1186 können.

1187 Die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages enthalten bereits Regeln zur  
1188 Angabe von Einkünften und einigen weiteren Punkten. Es gibt aber auch Aspekte,  
1189 die noch nicht vorhanden sind oder ungenügend geregelt werden, die wir aber für  
1190 geboten halten. Reisen von Abgeordneten, zu denen sie auf Kosten Dritter  
1191 eingeladen wurden, sollten veröffentlicht werden. Spenden sollten nicht erst ab  
1192 5000€ angezeigt und ab 10000€ veröffentlicht werden. Stattdessen sollte eine  
1193 Anzeige bereits ab 1000€ und eine Veröffentlichung ab 2000€ erfolgen.

1194 Dem Parlament sollte u.a. zusätzlich angezeigt werden: Art des Vorteils und Name  
1195 der vorteilsgebenden Person, wenn ein\*e Abgeordnete\*r regelmäßig erhebliche  
1196 Vorteile/Zuwendungen erhält oder der\*die Vorteilgeber\*in den\*die Abgeordnete\*n  
1197 mit Sekretariats- bzw. Assistenzdiensten im Zusammenhang mit der  
1198 Abgeordnetentätigkeit unterstützt. Darüber hinaus sollten Abgeordnete ihre  
1199 Steuerbescheide dem Parlament gegenüber veröffentlichen und ihr Vermögen  
1200 offenlegen. Allerdings können diese dem Parlament zugänglich gemachten  
1201 Informationen von einer Veröffentlichung ausgenommen werden, wenn dies die  
1202 Umsetzbarkeit dieser Forderungen erleichtert oder erst ermöglicht.

1203 Diese Forderungen schränken die Abgeordneten nicht in der Ausübung ihres freien  
1204 Mandats ein. Durch eine erhöhte Transparenz ist es jedoch möglich, langsam  
1205 wieder Vertrauen in das politische System aufzubauen, welches für eine  
1206 Demokratie essentiell ist. In anderen Worten ist die Umsetzung dieser  
1207 Forderungen eine vertrauensbildende Maßnahme.

1208 Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND die Änderung der relevanten  
1209 Gesetze und der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages entsprechend der oben  
1210 genannten Forderungen. Auch ohne diese Umsetzung fordern wir von den  
1211 Abgeordneten die freiwillige Offenlegung der genannten Informationen.

## **V5-Beschluss Solidarität mit den Pflegenden - Gute Pflege für alle sichern**

Antragsteller\*in: Pia Leis, Jan Otto

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

1212 "Im Laufe ihres Lebens sind Menschen in den unterschiedlichsten Situationen  
1213 immer wieder auf Pflege angewiesen. Gerade im Bereich der Pflege haben sich die  
1214 Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den vergangenen Jahren immer weiter  
1215 verschärft, was zum einen auf Kosten der Sorgearbeitenden, der sogenannten Care-  
1216 Arbeitenden, zum anderen aber auch Kosten der Menschen geht, die auf Pflege  
1217 angewiesen sind. Einem immer eklatanter werdenden Fachkräftemangel steht, auch  
1218 aufgrund des demographischen Wandels, eine stetig wachsende Zahl  
1219 Pflegebedürftiger gegenüber. Um diese problematische Situation zu verbessern,  
1220 müssen Lösungsansätze geschaffen werden, die den Fachkräftemangel entschärfen  
1221 und die Situation in Pflegeeinrichtungen verbessern. Deshalb drängen wir unter  
1222 anderem darauf, dass in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen der Pflege  
1223 verbindliche Standards vereinbart werden.  
1224 Um die Pflege nachhaltig zu verändern, geht es jedoch nicht nur darum, die  
1225 bestehenden Verhältnisse zu verbessern, sondern auch darum, Visionen für eine  
1226 zukunftsfähige Pflege zu schaffen."

1227 Verbindliche Pflegeschlüssel - Für eine gute Pflege für Alle.

1228 Wir setzen uns für einen menschenwürdigen Pflegeschlüssel, also ein festgelegtes  
1229 zahlenmäßiges Verhältnis von Pflegefachkräften zu Patienten ein, denn die  
1230 derzeitige Situation gefährdet Pflegenden und Patient\*innen. Bei der  
1231 Intensivpflege sollte das Verhältnis ein\*e Pflegenden für 2 Patient\*innen nicht  
1232 überschritten werden, auf anderen Stationen kann der Schlüssel je nach  
1233 individuellem Pflegebedarf der Patient\*innen variieren, sollte jedoch einen  
1234 Mindeststandard von 1 zu 10 nicht überschreiten. Auch im Nachtdienst muss die  
1235 Versorgung sicher gestellt werden, hier sollte keine Pflegefachkraft alleine  
1236 arbeiten müssen. Der pflegerische Aufwand bei der Betreuung von Patienten wird  
1237 durch das aktuelle Abrechnungsverfahren mittels DRGs häufig nicht richtig  
1238 abgebildet, pflegerische Maßnahmen sollten (z.B. über NRGs) gesondert  
1239 abgerechnet werden können. Auch in Einrichtungen wie Pflege- und Altenheimen  
1240 müssen verbindliche Schlüssel gefunden werden und insbesondere die Nachtdienste  
1241 personell aufgestockt werden.

1242 Des Weiteren setzen wir uns für eine gesellschaftliche Aufwertung von Care-

1243 Berufen ein, die nicht allein mit einem höheren Gehalt gegeben ist. Natürlich  
1244 müssen auch angemessene Löhne gezahlt werden, allerdings braucht es vor allem  
1245 mehr qualifiziertes Personal, um die Pflegenden zu entlasten. Tägliche  
1246 Überstunden, das Nichteinhalten der gesetzlichen Ruhezeiten und  
1247 Vertretungsdienste an freien Tagen dürfen nicht länger die Regel sein! Auch die  
1248 private und gesundheitliche Belastung durch Schichtdienst und die hierdurch  
1249 bedingte mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf hindert viele  
1250 ausgebildete Pflegekräfte an der Ausübung ihres Berufes; Arbeitgeber sollten  
1251 daher flexiblere Schichtmodelle und auf die Arbeitszeiten in der Pflege  
1252 angepasste Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbieten.

1253 Eine gute Ausbildung führt zu mehr Sicherheit für Alle!

1254 Den Praxisanleiter\*innen und den Pflegenden muss genug Zeit bleiben,  
1255 Schüler\*innen fachgemäß anzuleiten. Ein\*e Schüler\*in ist keine billige  
1256 Arbeitskraft, sondern befindet sich in einem Ausbildungsverhältnis und sollte  
1257 auch dementsprechend in der Personalplanung nicht als Arbeitskraft behandelt  
1258 werden. Auch Praxisanleiter\*innen sollten für die Anleitung von Schülern vom  
1259 Stationsbetrieb freigestellt werden.

1260 Die Chancen, die sich durch die Generalisierung der Ausbildung in den  
1261 Pflegeberufen ergeben, müssen genutzt werden. Diese qualifiziert die  
1262 Auszubildenden für alle Fachbereiche in ihrem späteren Berufsleben und kann so  
1263 die Attraktivität des Berufes steigern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.  
1264 Die Zusammenlegung der Ausbildungszweige muss - mit Hilfe von Expert\*innen aus  
1265 Pflege und Pflegepädagogik- gut geplant werden, der Erhalt von spezifischem  
1266 Fachwissen aus allen drei Bereichen muss gesichert werden. Die Bedenken der  
1267 einzelnen Berufsgruppen sollten ernst genommen werden, gleichzeitig führt kein  
1268 Weg an der generalistischen Ausbildung vorbei. Die Tätigkeitsfelder der  
1269 bisherigen getrennten Berufsgruppen weisen große Schnittmengen auf - sei es die  
1270 Nachsorge von Patient\*innen, die aus dem Krankenhaus in Pflegeeinrichtungen  
1271 entlassen werden oder die stationäre Aufnahme von bereits pflegerisch betreuten  
1272 alten Menschen in der Klinik - eine generalistische Ausbildung befähigt die  
1273 Pflegeleistenden, den Bedürfnissen der Patient\*innen gerecht zu werden.  
1274 Letztlich haben alle drei Pflegeberufe ein ähnliches Anforderungsprofil - die  
1275 Arbeit mit (multi-) morbiden Menschen. Die Spezialisierung auf eine bestimmte  
1276 Altersgruppe kann je nach Neigung auch in der generalisierten Ausbildung am  
1277 späteren Einsatzort erfolgen, ohne von vornherein Pfadabhängigkeiten zu  
1278 schaffen. Die Mobilität in den bisher getrennten Bereichen führt zu positivem  
1279 Verbesserungsdruck auf der Seite der Einrichtungen.

1280 Nicht jede\*r kann professionelle Pflegearbeit leisten!

1281 Die Pflege ist eine Profession und keine Berufung. Wir setzen uns dafür ein, den  
1282 seit den 80er Jahren überkommenen Begriff der Krankenschwester endlich in die

1283 Mottenkiste zu legen, in die er gehört. Examierte Gesundheits- und  
1284 Krankenpfleger\*innen und zukünftig Pflegefachfrauen\* und -männer sind eine  
1285 selbstbewusste Berufsgruppe, die extrem anspruchsvolle Arbeit leisten und  
1286 dementsprechend behandelt werden müssen.

1287 Die derzeitige Praxis, Menschen aus anderen Berufsgruppen oder der  
1288 Langzeitarbeitslosigkeit per Schnellkurs zu Pflegehelfer\*innen oder  
1289 Altenpflegehelfer\*innen umzuschulen, muss unbedingt kritisch evaluiert  
1290 werden. Dieses berufliche Sackgasse wird weder den Bedürfnissen der zu Pflegenden  
1291 gerecht noch denjenigen, die dort eingesetzt werden. In Zusammenhang der  
1292 Professionalisierung der Pflege befürworten wir eine weiter qualitativ  
1293 hochwertige Ausbildung, Weiterbildung und teilweise eine Akademisierung der  
1294 Pflegeberufe und setzen uns dafür ein, dass nicht nur mehr Studienplätze,  
1295 sondern auch adäquate Stellen geschaffen werden.

1296 Selbstorganisation

1297 Um die Forderungen der Pflegenden besser wahrnehmbar zu machen, unterstützen wir  
1298 deren Selbstorganisation in einer Pflegekammer, damit die Pflege eine eigene  
1299 starke Stimme bekommt. Diese Pflegevertretung muss auf Augenhöhe mit den  
1300 Krankenkassen, den Interessenvertretungen der Arbeitgeberseite sowie den  
1301 Vertretungen der anderen medizinischen Berufe verhandeln können. Der aktuell  
1302 fortschreitende Aufbau von Pflegekammern auf Landes- und Bundesebene soll  
1303 politisch begleitet werden, besonders wichtig ist uns hierbei, dass die Kammern  
1304 eine demokratische und arbeitnehmer\*innennahe Mitbestimmung der Pflegenden  
1305 sicherstellt. Das Kammerprinzip insgesamt möchten wir kritisch evaluieren,  
1306 solange es jedoch im Gesundheitsbereich verschiedene Kammern gibt, sollen  
1307 Pflegenden ebenso die Möglichkeit einer Organisation in einer Kammer haben.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **V7-Beschluss Doppelmitgliedschaft jetzt!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.04.2017  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

1308 Die GRÜNE JUGEND stellt nach dem Vorbild einiger Landesverbände der GRÜNEN  
1309 JUGEND einen Antrag auf automatische Mitgliedschaft bei der GRÜNEN JUGEND von  
1310 Mitgliedern von Bündnis90/DieGrünen die unter 28. Jahre alt sind. Die  
1311 Mitgliedschaft soll nach dem Opt-Out Verfahren nicht verpflichtend sein. Der  
1312 Bundesvorstand wird deshalb verpflichtet auf der Herbst BDK von  
1313 Bündnis90/DieGrünen folgenden Satzungsänderungsantrag zu stellen.

1314 Füge ein in §3  
1315 (3) Bis zur Vollendung des 28. Lebensjahres ist jedes Mitglied von  
1316 BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN gleichzeitig Mitglied der GRÜNEN JUGEND. Ein Wiederruf ist  
1317 möglich und muss gegenüber der jeweils für die Mitgliedschaft zuständigen Ebene  
1318 schriftlich erklärt werden.

### **Begründung**

Viele Landesverbände haben aktuell schon eine automatische Doppelmitgliedschaft eingeführt. Dies führt zu Unklarheiten in der Mitgliedschaft. Außerdem haben die Altgrünen aktuell einen enormen Mitgliederzuwachs, insbesondere auch bei jüngeren Menschen. Die kommen oft zuerst nicht zu uns. Das wollen wir ändern.

## **V8-Beschluss Wir sind der Puls Europas! - Die Forderung nach mehr Europa mit Inhalt füllen**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.04.2017  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

1319 In den letzten Wochen ist die pro-europäische Bewegung "Pulse of Europe" auf  
1320 50.000 Menschen angewachsen. Sie bringt damit viele Menschen auf die Straße, die  
1321 sich grundsätzlich für ein Fortbestehen der Europäischen Union einsetzen und  
1322 versucht, als Gegenpol zu nationalistischen Bewegungen und Tendenzen zu wirken.  
1323 Die GRÜNE JUGEND stellt daher Folgendes fest:

### 1324 **Positionierung für ein besseres Europa!**

1325 Pulse of Europe bringt Menschen auf die Straße. Austausch, gemeinsame Erlebnisse  
1326 und ein dadurch entstehendes, neues europäisches Miteinander sind begrüßens- und  
1327 unterstützenswert. Wir müssen ganz klar zeigen, dass gerade wir als junge  
1328 Europäer\*innen für ein solidarisches und demokratisches Europa stehen.

1329 Eine Basisbewegung und das gesteigerte politische Interesse vieler Menschen ist  
1330 ebenfalls gut, vor allem in Kombination mit dem Anspruch einer internationalen  
1331 Bewegung. Es ist wichtig für die Demokratie, dass so viele Menschen wie möglich  
1332 an ihr teilhaben wollen und sich aktiv an ihrer Ausgestaltung beteiligen.  
1333

1334 Genau hier muss aber auch die Kritik an der Bewegung „Pulse of Europe“ ansetzen.  
1335 An vielen Stellen ist zu beobachten, dass die Veranstalter\*innen sehr allgemein  
1336 bleiben und sich auf die Unterstützung der Europäischen Union zurückziehen,  
1337 anstatt konkrete Forderungen zur Ausgestaltung der EU zu stellen. Dies dient  
1338 vermutlich der Einbindung eines möglichst breiten Spektrums an  
1339 gesellschaftlichen Akteur\*innen, kann aber aus unserer Sicht nicht zielführend  
1340 sein. Die Forderung nach „Europa“ bleibt hinter dem gestalterischen Aspekt einer  
1341 wirklichen zivilgesellschaftlichen Bewegung zurück, daher müssen wir uns, auch  
1342 innerhalb der Bewegung „Pulse of Europe“, dafür einsetzen, dass die EU  
1343 solidarischer, ökologischer, demokratischer und offener wird. Denn nur wenn wir  
1344 Antworten auf die eklatante soziale Ungerechtigkeit und die unter anderem daraus  
1345 resultierenden Vertrauenskrisen in der Europäischen Union geben, können wir  
1346 glaubhaft für Europa, für eine bessere Europäische Union streiten. Das bedeutet  
1347 auch, im Rahmen der "Pulse of Europe"-Veranstaltungen Kritik an der EU und jedem  
1348 Euronationalismus zu üben und dies zu dürfen, denn für uns ist Europa mehr als



1349 die EU.

### 1350 **Kein deutsches Europa!**

1351 Auch die deutsche Politik hat durch eine Exportüberschusspolitik, eine  
1352 autoritäre Wirtschaftspolitik, die Durchsetzung der verheerenden  
1353 Austeritätspolitik oder das unsolidarische Verhalten während der großen  
1354 Fluchtbewegungen und durch mangelnde Unterstützung der europäischen  
1355 Außenstaaten, Einfluss auf die Zerfallsbewegungen der EU. Diese Strömungen  
1356 werden auch dadurch gefördert, dass in einigen Staaten hohe Armut,  
1357 Arbeitslosigkeit und/oder eine große soziale Ungerechtigkeit herrschen. Die  
1358 Europäische Union muss eine Antwort auf diese sozialen Ungerechtigkeiten finden.

1359 Durch das Aufkommen der Bewegung in Deutschland entsteht der Eindruck, dass das  
1360 Problem des Auseinanderfallens der EU nicht in Deutschland, sondern  
1361 hauptsächlich in den anderen Mitgliedstaaten entstanden sei. Dies ist jedoch  
1362 nicht der Fall, gerade Deutschland hat durch seine Europapolitik in  
1363 verschiedenen Feldern entsprechend zum drohenden Auseinanderfallen und der  
1364 gesteigerten sozialen Ungerechtigkeit zwischen den Mitgliedstaaten beigetragen.  
1365 Deutschland darf - auch nicht im Rahmen der Pulse of Europe-Bewegung - nicht  
1366 wieder einmal den Maßstab der europäischen Moral als "Problemlöserin" vorgeben.  
1367 Daher ist es umso notwendiger, dass sich eine internationale Bewegung  
1368 entwickelt.

### 1369 **"Pulse of Europe" und die Welt**

1370 „Pulse of Europe“ lässt oftmals die Rolle der Europäischen Union in der Welt  
1371 außer Acht. Die Rolle europäischer Handels- und Entwicklungspolitik, der Außen-  
1372 und Sicherheitspolitik sowie der Umgang mit Geflüchteten müssen von einer  
1373 wirklich pro-europäischen Bewegung kritisch reflektiert und angeprangert werden,  
1374 damit der Anspruch an eine solidarische Union formuliert werden kann. Für uns  
1375 steht fest, die Lösung vieler Probleme sind nur international und mindestens in  
1376 Europa zu finden. Doch die Abschottungspolitik der EU und das Ignorieren der  
1377 eigenen Verantwortung bei internationalen Konflikten und Fluchtursachen oder  
1378 selbst das unsolidarische Verhalten gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten wie  
1379 beispielsweise Griechenland zeigen, die Politik der EU muss sich ändern. Diese  
1380 Veränderung muss auch auf der Straße erkämpft werden. Dafür braucht es eine  
1381 linke proeuropäische Bewegung. "Pulse of Europe" ist das höchstens in Teilen. Es  
1382 ist erforderlich, der falschen Alternative Nationalstaaten oder  
1383 Euronationalismus zu entsagen. Vielmehr geht es um den Aufbau einer Bewegung  
1384 über Ländergrenzen hinweg, die sich auf soziale, gewerkschaftliche und  
1385 antirassistische Bewegungen stützt, die in vielen europäischen Ländern schon  
1386 existieren.

### 1387 **Reformen mit Leben füllen!**

1388 Es ist lobenswert, dass Pulse of Europe selbst den Reformbedarf der Europäischen  
1389 Union in ihrem Selbstverständnis und ihren Thesen anspricht. Jedoch wird die  
1390 Forderung von Reformen durch die Jubelchöre und das intensive "Wir"-Gefühl  
1391 verdeckt. Außerdem wird nicht konkretisiert, welche Reformen angestrebt werden.  
1392 So erreicht Pulse of Europe zwar eine breite Mobilisierung, jedoch werden  
1393 innerhalb der Bewegung auch Positionen akzeptiert, die wenig mit Solidarität und  
1394 Vielfalt zu tun haben.  
1395 Daher müssen wir als GRÜNE JUGEND die Bewegung „Pulse of Europe“ kritisch  
1396 begleiten, die Formulierung klarer Ziele fordern und uns dafür einsetzen, dass  
1397 sich in der Bewegung klar für ein solidarisches, offenes und ökologisches Europa  
1398 ausgesprochen wird und eine Bewegung fordern, in der Patriotismus,  
1399 Nationalismus, Diskriminierung und Neoliberalismus keinen Platz haben. Unsere  
1400 Beschlüsse "Für eine humane europäische Geflüchtetenpolitik!", "Für eine  
1401 Europäische Arbeitslosenversicherung" und "Du entscheidest Europa!" beweisen,  
1402 wir haben schon längst damit angefangen, die Forderung nach einer Reformierung  
1403 der Europäischen Union mit konkreten Inhalten zu füllen. Bei uns schlägt der  
1404 Puls Europas schon bevor es die Bewegung "Pulse of Europe" gab. Tragen wir  
1405 unsere Ideen für ein anderes Europa auch auf die Straße!

### 1406 **Machen wir Europa gemeinsam zu unserem Europa!**

1407 Wir sind die erste europäische Generation – wir sollten uns die Chancen und die  
1408 Freiheit, welche die EU uns und allen Menschen, die gerne hier leben wollen,  
1409 bietet, nicht von Nationalist\*innen wegnehmen lassen. Gleichzeitig sind wir auch  
1410 in der Verantwortung, die Reformbedürftigkeit und die strukturellen und  
1411 inhaltlichen Fehler laut auszusprechen. Wir müssen uns als junge Europäer\*innen  
1412 über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg vernetzen und gemeinsam unsere  
1413 Forderungen nach einem solidarischen Europa vertreten: gegen inhumane  
1414 Asylpolitik, Austerität, rechte Tendenzen, Rückkehr zum Nationalstaat und  
1415 Abschottung – für Reformen, mehr Transparenz, demokratischere Strukturen,  
1416 Toleranz, Gleichberechtigung und mehr Zusammenhalt!

1417 Wenn der "Pulse of Europe" dauerhaft und glaubwürdig für diese Werte eintreten  
1418 kann, ist die GRÜNE JUGEND für diese Bewegung offen, bis dahin begleiten wir den  
1419 Prozess kritisch und reflektieren unsere Haltung zur Bewegung immer wieder.

### **Begründung**

Einige Grüne-Jugend-Ortsgruppen unterstützen Pulse of Europe und mobilisieren zu den Kundgebungen - andere Mitglieder sind skeptischer ob dieser Bewegung. Wir möchten mit unseren Thesen zu einer Positionierung der Grünen Jugend beitragen, die solidarisch-kritisch die Vorteile einer solchen Organisation ihren Schwächen und Blind-Spots entgegenstellt. Mittelfristig muss es darum gehen Menschen nicht nur "für Europa", sondern für ein demokratisches, soziales und solidarisches Europa gegen deutsche Dominanz und Austeritätspolitik zu organisieren. Hier können wir als Grüne Jugend zu einer Politisierung inhaltlichen Positionierung der Bewegung beitragen.

*Weitere Begründung erfolgt mündlich*